

ORDENTLICHER PARTEITAG DES SPD-STADTVERBANDS HANNOVER

Samstag, 13. Januar 2024 | 10.00 bis 16.00 Uhr

Leonore-Goldschmidt-Schule
IGS Hannover-Mühlenberg

»EINE STADT FÜR ALLE«



ANTRAGSBUCH

Antragsübersicht

Stand: 11. Januar 2024

MITGLIEDER DER ANTRAGSKOMMISSION	4
LEITANTRAG	5
A 1 – Eine Stadt für alle! – Leitlinien für die SPD in der Landeshauptstadt.....	5
BAUEN UND WOHNEN (BA)	7
BA 1 – Umsetzung Wohnungsbaukonzept.....	7
BA 2 – Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes	13
BILDUNG (BI)	14
BI 1 – Masterplan Schulbau.....	14
BI 2 – Sozialindex für Schulen einführen.....	16
BI 3 – Bündelung der Demokratiebildung.....	17
KLIMASCHUTZ (KI)	18
KI 1 – Verbrennungsfreie Heizwerke in Hannover	18
KI 2 – Kapazitätsausbau der Schnellwege und Autobahnen vermeiden.....	20
KI 3 – Suffizienz	22
KI 4 – Umwidmung Gewerbeflächen zu Wohnflächen	23
KI 5 – Ressourcenschonende Bauweise fördern.....	25
KI 6 – Umbau statt Neubau	26
KI 7 – Wärmewende.....	28
KOMMUNALPOLITIK (K)	34
K 1 – Bezirksratsgremien in der Landeshauptstadt stärken	34
K 2 – Reform der Gartenordnung der Stadt Hannover für Kleingärten	36
K 3 – Stärkung der Kleingärten	37
K 4 – Zukunft des Ihmezentrums und Verantwortung der Stadtverwaltung.....	38
K 5 – Verstöße gegen Mietpreisüberhöhungen konsequent ahnden	40
K 6 – Behebung von Leerständen von Gewerbeimmobilien.....	42

KULTUR & SPORT (KS)	44
KS 1 – Gedenktafel für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus	44
KS 2 – Kunstrasenplätze	46
RESOLUTION (R)	47
R 1 – Klimapakt 2026:	47
Gemeinsam Hannover klimaneutral gestalten: Eine Stadt für Alle auch in Zukunft	47
R 2 – Noteinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Familien dürfen niemals schließen!	53
SOZIALES (S)	55
S 1 – Armut bekämpfen – Teilhabe fördern!	55
S 2 – Mehr Stellen für städtische Sozialarbeit	60
S 3 – Keine Einsparungen in den Bereichen Soziales und Jugend	62
VERKEHR (V)	64
V 1 – Diversität und Akzeptanz sichtbar machen: Schaffung eines Regenbogen-Zebrastreifen....	64
V 2 – Vorrangschaltung für den ÖPNV sichern und optimieren	66
INITIATIVANTRÄGE (INI)	68
Ini 1 – Ehrenmitgliedschaft für Ulrike Strauch	68
Ini 2 – Dank und Anerkennung für unsere Retter:innen und Hilfsorganisationen gegen das Hochwasser in Niedersachsen	69

MITGLIEDER DER ANTRAGSKOMMISSION

Bozdemir, Esmā*	Kirchrode-Bemerode-Wülferode	
Ederhof, Reinhart	Misburg-Anderten	
Flockemann; Roman	Hannover-Südwest	
Greve, Nils	Kleefeld-Heideviertel	
Hendricks, Knud*	Linden-Limmer	<i>Initiativanträge (Ini)</i>
Kelich, Lars	Herrenhausen/Stöcken	<i>Bauen und Wohnen (BA)</i>
Martin, Sven	Groß Buchholz	
Nieder, Lars Dr.*	Vahrenwald-List	<i>Klimaschutz (KI)</i>
Ramani, Bala	Mitte	<i>Kultur & Sport (KS)</i>
Sadow, Michael*	Oststadt/Zoo	<i>Soziales (S)</i>
Schönberger, Jasmin*	List-Nord	<i>Resolution (R)</i>
Schollmeyer, Anja	Döhren-Wüffel	<i>Kommunalpolitik (K)</i>
Shabani, Merlindona	Herrenhausen/Stöcken	
Straßburger, Frank	Südstadt-Bult	<i>Verkehr (V)</i>
Walter, Melanie*	Südstadt-Bult	<i>Leitantrag, Bildung (BI)</i>
Wende, Franziska	Nordstadt	

Nach dem Statut des Stadtverbandes wählt der Stadtverbandsvorstand* aus seinen Reihen sechs Mitglieder zur Antragskommission, der Beirat im Stadtverband benennt zehn weitere Mitglieder aus dem Kreise der Delegierten aus den Ortsvereinen.

LEITANTRAG

A 1 – Eine Stadt für alle! – Leitlinien für die SPD in der Landeshauptstadt

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover, SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

1 Die SPD in Hannover gibt sich in den kommenden Monaten in enger Abstimmung mit der SPD-
2 Ratsfraktion in der Landeshauptstadt Leitlinien. Die zugrunde liegenden Vorarbeiten begrüßt der
3 Parteitag des SPD-Stadtverbands Hannover ausdrücklich und dankt allen Beteiligten für das
4 bisherige Engagement.

5 Die von Mitgliedern des Stadtverbandsvorstandes sowie der SPD-Ratsfraktion Hannover
6 entwickelten Positionen sollen zu einer finalen Textfassung weiterentwickelt und auf einer
7 breiten Basis in den Gliederungen der SPD innerhalb der Landeshauptstadt Hannover sowie in
8 den Rats- und Bezirksratsfraktionen beraten werden. Die Steuerung dieses Prozesses kommt der
9 2023 eingerichteten Lenkungsgruppe zu. Diese Leitlinien bilden zugleich eine wegweisende
10 Grundlage zur Erarbeitung eines späteren Wahlprogramms für die Kommunalwahlen 2026 und
11 definieren die wesentlichen Positionen, das Selbstverständnis und das Miteinander innerhalb der
12 Sozialdemokratie sowie mit der Stadtgesellschaft in Hannover.

13 **Begründung:**

14 Die Ratsfraktion hatte 201 im Vorfeld der Kommunalwahlen im Folgejahr ein Leitbild
15 entwickelt. Diese Beschreibung aus Selbstverständnis, politischen Visionen und
16 Zielvorstellungen gilt es in enger Kooperation mit dem SPD-Stadtverband Hannover
17 weiterzuentwickeln und für die Parteiorganisation und ihre Gliederungen in der
18 Landeshauptstadt fruchtbar zu machen.

19 Leitlinien vermögen es, identitätsstiftend in die Parteiorganisation zu wirken. Sie stoßen
20 einen Diskurs über Ziele, Ausrichtung und Arbeitsweisen innerhalb der SPD an. Leitlinien
21 führen Genoss:innen zusammen und ermöglichen in unübersichtlichen und herausfordernden
22 Zeiten eine ermutigende Selbstvergewisserung.

23 Zu diesem Zweck hatte der Stadtverbandsvorstand bereits im Frühjahr 2023 die Erarbeitung von
24 Leitlinien auf der Schnittmenge von Stadtverband und Stadtratsfraktion beschlossen. Eine
25 Lenkungsgruppe steuert diesen Prozess und trägt die (Zwischen-) Ergebnisse zusammen. Dieses
26 Verfahren gilt es zu stärken sowie ergebnisorientiert und einladend innerhalb der SPD
27 fortzusetzen.

ANLAGE ZUM LEITANTRAG

BAUEN UND WOHNEN (BA)

BA 1 – Umsetzung Wohnungsbaukonzept

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Vahrenwald-List, SPD-Ortsverein List-Nord

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

- 1 Die SPD-Ratsfraktion setzt sich gegenüber der Verwaltung der Landeshauptstadt ein,
2 folgende Punkte zu berücksichtigen, um die vom Rat der Landeshauptstadt
3 beschlossenen Wohnungsbaukonzepte sozial verträglich und ökologisch nachhaltig
4 umzusetzen:
- 5 1. Keine Bebauung von Freiflächen, deren Bebauung negative Wirkungen auf das
6 Mikroklima zur Folge hätte oder die zur Verbesserung urbaner Strukturen für kleine
7 Stadtplätze o.ä. gut geeignet sind.
 - 8 2. Keine Abstriche an den klimapolitischen Zielen der Landeshauptstadt.
 - 9 3. Den unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten (insbesondere den ökonomischen)
10 der verschiedenen Akteur:innen (Grundstückseigentümer:innen, Wohnungs-
11 unternehmer:innen, Wohnungsgenossenschaften), die die wohnungspolitischen
12 Ziele der LHH umsetzen sollen, ist Rechnung zu tragen, z.B. durch spezifische
13 planungsrechtliche Festlegungen oder Befreiungen oder bei Förderrichtlinien.
 - 14 4. Zur Orientierung der Akteur:innen und deren Motivation ist
 - 15 a. Eine quantifizierte – rechnerische – Bedarfsanalyse nach Wohnungsgrößen und
16 Wohnungstypen und Investor:innengruppen, sowie sozialen Bedarfsgruppen
17 unter Berücksichtigung der regionalen Wohnungsmarktentwicklung umgehend
18 vorzulegen.
 - 19 b. Eine differenzierte Potentialanalyse, auf welchen planungsrechtlich verfüg-
20 baren Flächen der Bedarf realisiert werden könnte und auf welchen Flächen
21 zusätzlich Planungsrecht geschaffen werden müsste, jeweils in Jahresscheiben.
 - 22 5. In Abstimmung mit der Wohnungswirtschaft ist darauf aufbauend ein
23 „Kommunales Maßnahmenprogramm Wohnen in Hannover“ zu entwickeln. Als
24 Ergebnis einer „wachsenden Stadt“ sollten die Möglichkeiten der „Region Hannover“
25 genutzt werden, damit die Stadtfläche nicht immer weiter verdichtet werden muss,
26 sondern Flächen für Wohnungsbau auch jenseits der Stadtgrenze nutzbar gemacht
27 werden. Dazu sind Kooperationen mit den Umlandgemeinden und der Region
28 einzugehen. Die Flächenpotenziale, die ermittelt werden, sollen in das Wohnkonzept

- 29 2035 der Landeshauptstadt Hannover eingearbeitet werden.
- 30 6. Das Land Niedersachsen aufzufordern, ein den derzeitigen Erfordernissen
31 angepasstes sozial orientiertes Wohnraumförderprogramm aufzulegen.
- 32 7. Das Land ist aufzufordern, die Niedersächsische Bauordnung auf überflüssige
33 Kostentreiber zu entschlacken. Relevante Standards (Brandschutz, Inklusion, ...) sind
34 zu erhalten.
- 35 8. Die Stadt Hannover legt umgehend ein eigenes kommunales
36 Wohnraumförderprogramm auf der Grundlage der o.a. Punkte und an die aktuelle
37 Lage angepasst auf. Der Schwerpunkt liegt auf der Schaffung von Wohnraum für
38 Gering- und „Normalverdiener:innen“. Wohnungsgenossenschaften und gemein-
39 nützige Unternehmen sind besonders zu fördern. Die Förderung ist mit der
40 Förderung von klimafreundlichem Bauen (Neubau und Bestand)
41 zusammenzuführen. Bei der Neuschaffung von Wohnraum sind Maßnahmen, die
42 keine zusätzlichen Flächen versiegeln, besonders zu fördern, insbesondere die
43 Umnutzung von leerstehenden Büro-, Retail- und Gewerbeflächen. Der
44 Beschlussfassung über das Förderprogramm ist eine Stellungnahme der ARGWO
45 und des Verbandes der Wohnungswirtschaft Niedersachsen beizufügen.

46 Begründung:

47 Die aktuelle Krise in der Wohnungsversorgung einkommenschwächerer und sozial schwächerer
48 Bevölkerungsteile in der Bundesrepublik ist eine besonders relevante unter den derzeitigen
49 Krisenlagen. Der aktuelle Unmut vieler Menschen zwingt zu einer beschleunigten Lösung der
50 Probleme, bevor es zu systemrelevanten politischen Verwerfungen kommt.

51 Für die Realisierung der kommunalen Ziele sind natürlich auch die Handlungsmöglichkeiten der-
52 jenigen, die den erforderlichen zusätzlichen Wohnungen realisieren sollen, zu berücksichtigen.
53 Das sind neben Einzeleigentümer:innen in erster Linie Wohnungsunternehmen und
54 Wohnungsgenossenschaften, die jeweils unterschiedliche Anforderungen haben.

55 Um zu vermeiden, dass das Wohnungsprogramm ins Leere läuft und nur wenig neue Wohnungen
56 geschaffen werden, ist eine differenzierte Analyse, wodurch die aktuelle Lage am
57 Wohnungsmarkt entstanden ist und worin die mangelnden Neubauraten auf dem
58 Wohnungsmarkt verursacht sind, zu erstellen. Der Hinweis auf bestimmte Prognosen, ohne diese
59 darzulegen, reicht nicht. Das Problem sind nicht nur die gestiegenen Kosten. Es muss
60 berücksichtigt werden, dass Immobilieneigentümer:innen (egal welcher Größenklasse) zunächst
61 aufgrund gesetzlicher Vorgaben ihren Wohnungsbestand klimaneutral zu sanieren und zu
62 finanzieren haben - und dies vorrangig zu der konkurrierenden Finanzierung der Neuschaffung
63 von Wohnraum. Es ist ferner zu berücksichtigen, dass aufgrund mehrerer Faktoren die Kosten
64 deutlich stärker steigen als Refinanzierbarkeit der Investitionen, damit werden derzeit ohne
65 ausreichende öffentliche Förderung relevante Investitionen in den Bestand oder in den Neubau
66 zur Insolvenzfrage für Investor:innen, und zwar besonders für sozial orientierte Investor:innen.

67 Daher sind aus ökonomischen, baulichen und organisatorischen Gründen bei der Aufstellung von
68 auf dem Wohnungskonzept aufbauenden Maßnahmen- und Förderprogrammen beide Schienen
69 - Wohnungsbau und Klimaschutz/Energiesicherheit - zusammenzuführen.

70 Angesichts der aktuellen Lage für – insbesondere die einkommensschwächeren - Haushalte ist
71 mehr Dynamik in die die Aufstellung eines kommunalen Wohnungsbauprogramms und eines
72 finanziell unterlegten Maßnahmenprogramms zu legen, mit Schwerpunkt auf die Förderung von
73 Wohnungen für einkommensschwache (nach § 3 Abs.2 NWoFG), aber auch für „Normalverdiener“
74 (mitlere Einkommen nach §5,Abs.2Nr.2 NWoFG, bzw. Nr.3 DVGNWoFG) und aktuell besonders
75 benachteiligte Personengruppen, wie Studenten und Senioren, usw.

76 Aus diesem Grunde, um möglichst schnell in die Umsetzung zu kommen, sind unverzüglich
77 konkrete Maßnahmen und Programme zu erstellen. Die Vorlage eines beschlussfähigen
78 kommunalen Maßnahmenprogramms muss zur Abwendung drohender sozialer und politischer
79 Verwerfungen bis zur Sommerpause 2024 erfolgen. Eine weitere Verschleppung des Problems
80 wird Folgen bei den nächsten Wahlen haben.

81 Das Entwicklungspotential von größeren Neubaugebieten innerhalb der Grenzen der
82 Landeshauptstadt ist unter den o.a. Aspekten sehr begrenzt, da das Potential von größeren
83 Freiflächen nach der Entwicklung in Limmer und auf dem Kronsberg weitgehend ausgeschöpft
84 ist, Konversionsflächen planerisch fast ausgeschöpft sind und weitere voraussichtlich nicht mehr
85 freigestellt werden - und aufgelassene Industrie- und Gewerbeflächen entweder nur unter sehr
86 hohem Aufwand aktiviert werden können (Deurag-Nerag) oder für andere Nutzungen
87 vorbehalten bleiben sollten. Daher sind in Kooperation mit der Region und den
88 Umlandgemeinden ökologisch vertretbare Neubauf Flächen in den Nachbargemeinden mit gutem
89 ÖPNV-Anschluss zu entwickeln. Es ist sinnvoller, diese Potentiale, die keine oder nur geringe
90 Kosten für die ÖPNV-Infrastruktur verursachen, zu nutzen, als den letzten freien Winkel in der
91 Stadt auszuquetschen.

92 Das vorhandene Potential im Stadtgebiet durch Nachverdichtung (der Bundesgesetzgeber hat
93 den Spielraum für Befreiungen erhöht), durch Aufstockung und Dachgeschossausbau (konkurriert
94 allerdings mit der Nutzung von Dachflächen für Solaranlagen) und höherer Ausnutzung von
95 Grundstücken in urbaneren Gebieten, ist bevorzugt zu entwickeln. Gleiches gilt für die
96 Umnutzung von leerfallenden Büro- und Einzelhandelsflächen im Innenstadtbereich in
97 Wohnungen. Mehr Bewohner:innen in der Innenstadt tragen zur Belebung in der City bei, die
98 zurzeit eher von Verödungstendenzen geprägt ist und für die es z.Zt. keine überzeugenden
99 Lösungen gibt.

100 Die aktuelle „Kostenmiete“ beträgt im Neubau bei den aktuellen gesetzlich vorgegeben
101 Standards in Hannover ca. 18 € pro m² und Monat netto (ohne Nebenkosten). Das können sich
102 nur wenig Mieter:innen leisten. Ohne öffentlich Förderung können für die Personenkreise, die
103 z.Zt. am stärksten unter dem Wohnungsmangel leiden, keine neuen Wohnungen entstehen, da
104 dies für Vermieter:innen hochdefizitär wäre und gegebenenfalls in die Insolvenz führen würde.

105 Unter fiskalischen Gesichtspunkten sind daher Investor:innen besonders zu berücksichtigen, die
106 satzungsgemäß dauerhaft mit geringen Margen kalkulieren und dauerhaft niedrige Mieten
107 garantieren, d.h. insbesondere Wohnungsgenossenschaften oder gemeinnützige Wohnungs-
108 unternehmen. Der kommunalen Wohnungsgesellschaft „hanova“ kommt eine besondere Rolle
109 bei der Neuschaffung von preiswertem Wohnraum mit Belegungsrechten zu.

BA 1 – Umsetzung Wohnungsbaukonzept (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Vahrenwald-List, SPD-Ortsverein List-Nord

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 Bei der Umsetzung der beschlossenen Wohnungsbaukonzepte sind nachfolgende Punkte
2 zu berücksichtigen und von der Ratsfraktion von der Verwaltung einzufordern :
- 3 1. Keine Bebauung von Freiflächen, deren Bebauung negative Wirkungen auf das
4 Mikroklima zur Folge hätte oder die zur Verbesserung urbaner Strukturen für kleine
5 Stadtplätze o.ä. gut geeignet sind, insbesondere kein weiterer Eingriff in
6 Kleingartenflächen.
 - 7 2. Keine Abstriche an den klimapolitischen Zielen der Landeshauptstadt.
 - 8 3. Keine Entwicklung von Flächen zu Bebauungszwecken, die aus ökologischen Gründen
9 besser für die Schaffung oder Erhalt von Grünflächen (Biotopflächen,
10 Artenvielfalt/Biodiversität, Klimaverbesserung, Wasserhaushalt, Naherholung,
11 Gestaltung) geeignet sind. Splittersiedlungen, die nur schlecht an den ÖPNV
12 angebunden werden können, sind zu vermeiden.
 - 13 4. Den unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten (insbesondere den ökonomischen) der
14 verschiedenen Akteur:innen (Grundstückseigentümer:innen, Wohnungs-
15 unternehmer:innen, Wohnungsgenossenschaften), die die wohnungspolitischen Ziele
16 der LHH umsetzen sollen, ist Rechnung zu tragen, z.B. durch spezifische
17 planungsrechtliche Festlegungen oder Befreiungen oder bei Förderrichtlinien.
 - 18 5. Zur Orientierung der Akteur:innen und deren Motivation ist
 - 19 a. Eine quantifizierte – rechnerische – Bedarfsanalyse nach Wohnungsgrößen und
20 Wohnungstypen und Investor:innengruppen, sowie sozialen Bedarfsgruppen unter
21 Berücksichtigung der regionalen Wohnungsmarktentwicklung umgehend vorzulegen
 - 22 b. Eine differenzierte Potentialanalyse, auf welchen planungsrechtlich verfügbaren
23 Flächen der Bedarf realisiert werden könnte und auf welchen Flächen zusätzlich
24 Planungsrecht geschaffen werden müsste, jeweils in Jahresscheiben.
 - 25 6. In Abstimmung mit der Wohnungswirtschaft ist darauf aufbauend ein „Kommunales
26 Maßnahmenprogramm Wohnen in Hannover“ zu entwickeln. Als Ergebnis einer
27 „wachsenden Stadt“ sollten die Möglichkeiten der „Region Hannover“ genutzt werden,
28 damit die Stadtfläche nicht immer weiter verdichtet werden muss, sondern Flächen für
29 Wohnungsbau auch jenseits der Stadtgrenze nutzbar gemacht werden. Dazu sind
30 Kooperationen mit den Umlandgemeinden und der Region einzugehen.
 - 31 7. Das Land Niedersachsen aufzufordern, ein den derzeitigen Erfordernissen angepasstes
32 sozial orientiertes Wohnraumförderprogramm aufzulegen.

- 33 8. *Das Land ist aufzufordern , die Niedersächsische Bauordnung auf überflüssige Kosten-*
34 *treiber zu entschlacken. Relevante Standards (Brandschutz, Inklusion, ...) sind zu*
35 *erhalten.*
- 36 9. *Die Stadt Hannover legt umgehend ein eigenes kommunales Wohnraum-*
37 *förderprogramm auf der Grundlage der o.a. Punkte und an die aktuelle Lage angepasst*
38 *auf. Der Schwerpunkt liegt auf der Schaffung von Wohnraum für Gering- und*
39 *„Normalverdiener:innen“. Wohnungsgenossenschaften und gemeinnützige*
40 *Unternehmen sind besonders zu fördern. Die Förderung ist mit der Förderung von*
41 *klimafreundlichem Bauen (Neubau und Bestand) zusammenzuführen. Bei der*
42 *Neuschaffung von Wohnraum sind Maßnahmen, die keine zusätzlichen Flächen*
43 *versiegeln, besonders zu fördern, insbesondere die Umnutzung von leerstehenden*
44 *Büro-, Retail- und Gewerbeflächen. Der Beschlussfassung über das Förderprogramm ist*
45 *eine Stellungnahme der ARGWO und des Verbandes der Wohnungswirtschaft*
46 *Niedersachsen beizufügen.*

BA 2 – Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung: Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Empfehlung der AK: Nichtbefassung

1 Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes

2 Das Niedersächsische Straßengesetz (NStrG) wird in §52 – Straßenreinigung – wie folgt
3 geändert:

4 (1) Die Straßen innerhalb der geschlossenen Ortslage einschließlich der
5 Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sind zu reinigen. [...] In
6 diesem Rahmen gehört zur Reinigung auch:

7 3. bei Glätte das Bestreuen der Gehwege, Fußgängerüberwege und der gefährlichen
8 Straßen [bisher: Fahrbahnstellen] mit nicht unbedeutendem Verkehr ...

9 Begründung:

10 §52 (1) 3 NStrG regelt, zu welchen Leistungen im Winterdienst die Straßenreinigung
11 verpflichtet ist; diese Pflichtleistungen können auf die Straßenreinigungsgebühren umgelegt
12 werden. Die bisherige Regelung hat dazu geführt, dass der gebührenpflichtige Winterdienst
13 selbst an besonders wichtigen Straßen nur an gefährlichen Fahrbahnstellen, also an
14 Kreuzungen, Steigungen oder Gefällstrecken, erfolgen darf – so die Entscheidung des
15 Obergerichtes Lüneburg (OVG 2022, Az. 9 KN 15/17). Der Winterdienst an
16 anderen Stellen hingegen darf nicht auf die Straßenreinigungsgebühren umgelegt werden;
17 vielmehr müssen dafür die Kommunen aufkommen, sofern sie nicht auf den Winterdienst
18 dort verzichten und somit die Bevölkerung an diesen Straßen der Gefährdung durch Schnee
19 und Glätte aussetzen wollen.

20 In der Landeshauptstadt Hannover müssen dementsprechend 63 Prozent der bisherigen
21 Winterdienstleistungen von aha fortan aus dem städtischen Haushalt beglichen werden; das
22 entspricht derzeit 2,3 Millionen Euro.

23 Um diese realitätsferne – und zudem lebensgefährdende – Regelung aufzuheben, ist eine
24 entsprechende Änderung des NStrG notwendig.

BILDUNG (BI)

BI 1 – Masterplan Schulbau

Antragsteller:in: Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

1 Die SPD-Ratsfraktion setzt sich gegenüber der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt
2 Hannover ein, einen Masterplan für alle Schulgebäude zu entwickeln. Dazu sollen
3 Sanierungs- und Neubaubedarfe systematisch erfasst und kriteriengeleitet in ein
4 transparent kommuniziertes Ranking der Umsetzung überführt werden. Die
5 transparenten Kriterien sind in einem Beteiligungsprozess qualitativ und quantitativ zu
6 entwickeln. Dabei sollen bauliche und soziale, sowie pädagogische und städtebauliche
7 Erfordernisse im Stadtteil ganzheitlich miteinander verzahnt werden.

8 Begründung:

9 Auf der Grundlage einer soziodatenbasierten Weiterentwicklung der Schullandschaft in
10 Hannover sollen Grundschulen und weiterführende Schulen baulich systematisch ertüchtigt
11 und bauliche mit zeitgemäßen pädagogischen Erfordernissen enger verzahnt werden. So ist
12 das Ganztagsangebot mit ganztägiger Nutzung inklusive Mensa und Ruheräumen ebenso
13 mit zu planen wie besondere Erfordernisse in schwierigen Lagen – wo ggf. mehr
14 Differenzierungsräume und Räume für multiprofessionelles Personal mitgedacht werden
15 müssen.

BI 1 – Masterplan Schulbau (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in: Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)*

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 Die SPD-Ratsfraktion setzt sich gegenüber der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt
- 2 Hannover ein, einen Masterplan für alle Schulgebäude zu entwickeln. Dazu sollen
- 3 Sanierungs- und Neubaubedarfe systematisch erfasst und kriteriengeleitet in ein
- 4 transparent kommuniziertes Ranking der Umsetzung überführt werden. Die Kriterien
- 5 sind in einem Beteiligungsprozess qualitativ und quantitativ zu entwickeln. Dabei sollen
- 6 bauliche, pädagogische und städtebauliche Erfordernisse im Stadtteil ganzheitlich
- 7 miteinander verzahnt werden.

** Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) und der Arbeitskreis Nachhaltigkeit im SPD-Unterbezirk Region Hannover sind laut Statut zum Stadtverbandsparteitag nicht antragsberechtigt. Der Stadtverbandsvorstand hatte deswegen folgendes Verfahren am 18. Dezember 2023 beschlossen: Die Anträge werden in der laufenden Sitzung nicht zur Abstimmung gestellt, sondern der Antragskommission zur Beratung überantwortet. In regulärer Sitzung am 8. Januar 2024 sollen die Anträge im Stadtverbandsvorstand erneut aufgerufen, mit dem Votum der Antragskommission beraten und entschieden werden. Dann entscheidet sich abschließend, ob der Stadtverbandsvorstand als Antragsteller auftritt. Unberührt hiervon bleibt die Möglichkeit, dass einzelne Anträge durch antragsberechtigte Ortsvereine eingebracht werden.*

1

BI 2 – Sozialindex für Schulen einführen

Antragsteller:in: Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

1 Die SPD-Ratsfraktion setzt sich gegenüber der kommunalen Verwaltung der Landeshauptstadt
2 Hannover ein, mit Hilfe einer wissenschaftlichen Erarbeitung geeignete schulscharfe
3 Sozialindikatoren zur ermitteln, einen sogenannten Sozialindex, nach denen kommunale
4 Ressourcen verteilt werden können. Dazu gehört auch, einen Vorschlag für einen Verteilschlüssel
5 zu erarbeiten aufgrund dessen u.a. Ressourcen transparent und kriteriengeleitet verteilt werden
6 können. Der Sozialindex soll in regelmäßigen Abständen überprüft werden.

7 Begründung:

8 Es hat sich gezeigt, dass unterschiedliche Schulen durch ihre Schüler:innenschaft sowie
9 Rahmenbedingungen vor unterschiedlichen Herausforderungen stehen. Während Grundschulen
10 einen klaren Einzugsbereich haben, aus dem ihre Schüler:innen stammen, ist bei weiterführenden
11 Schulen schwieriger festzustellen, wie viel Unterstützung sie benötigen. Hier sollen
12 Sozialindikatoren Abhilfe schaffen, so dass am Ende die Schulen besonders berücksichtigt werden
13 können, die der Unterstützung besonders bedürfen. Die Überprüfung der Situation der einzelnen
14 Schulen soll in regelmäßigen Abständen, möglichst einmal pro Ratsperiode, erfolgen.

BI 3 – Bündelung der Demokratiebildung

Antragsteller:in: Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

1 Zur Verstärkung und Bündelung der Demokratiebildung in den Schulen und
2 Kindertagesstätten der Landeshauptstadt Hannover soll eine zentrale Anlaufstelle alle
3 dazu gehörigen Aktivitäten, Projekte, Maßnahmen und Beratung bündeln. Hier sollen
4 alle Akteure in der Bildung beraten und Maßnahmen initiiert werden.
5 Demokratiebildung umfasst dabei Wertevermittlung, Antidiskriminierung,
6 Gewaltprävention, Antisemitismus, politische Bildung, Bildung für nachhaltige
7 Entwicklung und Teilhabeprojekte, die bisher an unterschiedlichen Stellen in der
8 kommunalen Verwaltung verortet sind.

9 Begründung:

10 Demokratie ist nicht selbstverständlich gegeben. Aktuell befinden wir uns in einem
11 gesellschaftlichen Umbruch, der durch globale Krisen, kriegerische Auseinandersetzungen
12 und demokratiefeindliche Gruppen zu einer Demokratieverdrossenheit geführt hat. Bildung
13 von Kindern und Jugendlichen von der frühkindlichen bis zur beruflichen Bildung muss daher
14 das Ziel einer umfassenden Demokratiebildung als prioritäre Aufgabe sehen.
15 Demokratisches Denken und Handeln müssen erlernt werden – durch Partizipation,
16 Beteiligung, Gestaltung und Wirksamkeit. Schulen und auch Einrichtungen der
17 frühkindlichen Bildung sind dafür die passenden Orte. Die Stadt als demokratische
18 Institution muss hier ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und dafür Sorge
19 tragen, dass insbesondere Lehrkräfte und andere Fachkräfte der Bildung eine
20 niedrigschwellige Anlaufstelle haben, so dass der Weg zu Projekten, Maßnahmen und
21 Beteiligung bekannt und leicht zu erreichen ist. Die unterschiedlichen Anlaufstellen und
22 Projekte insbesondere des Fachbereiches Schule und des Fachbereiches Gesellschaftliche
23 Teilhabe sollten gebündelt werden.

KLIMASCHUTZ (KI)

KI 1 – Verbrennungsfreie Heizwerke in Hannover

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

1 Die SPD-Ratsfraktion möge gegenüber der Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover als
2 größtem Anteilseigner der enercity AG darauf hinwirken, dass nach der Umsetzung des
3 Kohleausstiegs durch die enercity AG die Strategie des Unternehmens sukzessive
4 weiterentwickelt wird, um verstärkt Nicht-Verbrennungstechnologien wie Großwärmepumpen,
5 Geothermie und Solarthermie einzusetzen. Verbrennungsbasierte Heizwerke (Biomasse/Altholz,
6 Müll) sollen auf diese Weise langfristig möglichst ersetzt werden.

7 Begründung:

8 Grundsätzlich wird der Ausstieg aus fossilen Kraftwerken in Hannover begrüßt. Ebenso ist eine
9 Diversifizierung und Regionalisierung von neuen, fossil-freien Kraftwerken sinnvoll. Obwohl
10 Biomasse und Müll als "fossilfrei" und "klimaneutral" gelten, wird bei der Verbrennung CO₂
11 freigesetzt.

12 Auch wenn kurz- und mittelfristig ausreichend Material für ein Biomasse Heizwerk zur Verfügung
13 steht, ist eine langfristige Versorgung unsicher. Ebenso ist die Preisentwicklung auf Basis der
14 absehbaren hohen Nachfrage nicht gesichert. Ein hoher Bedarf auf dem Holzmarkt ist zu
15 erwarten, der indirekt auch zu illegalen Abholzungen führen kann.

16 Eine Müllverbrennung steht im direkten Widerspruch zum Ziel der Müllvermeidung und
17 Kreislaufwirtschaft. Bei beiden Energiequellen werden Transporte nötig sein, welche sich negativ
18 auf die CO₂-Bilanz auswirken und den Straßenverkehr belasten werden.

19 Ferner sollte sich die Landeshauptstadt Hannover und die enercity AG nicht darauf verlassen, dass
20 zeitgerecht ausreichend bezahlbarer grüner Wasserstoff zur Verfügung stehen wird, um das
21 Gaskraftwerk Linden damit ersetzen zu können. Stattdessen sollten verbrennungsfreie
22 Technologien verstärkt eingesetzt werden. Diese setzen kein CO₂ frei, sind lokal und praktisch
23 ohne Grenzen vorhanden.

KI 1 – **Verbrennungsfreie Heizwerke in Hannover (Ursprungsfassung)**

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Bothfeld, AK Nachhaltigkeit*

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 *Der SPD-Stadtverband Hannover ruft die SPD-Stadtratsfraktion Hannover dazu auf, dass diese bei*
- 2 *der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Hannover als größtem Anteilseigner der enercity AG*
- 3 *darauf hinwirkt, dass nach der Umsetzung des Kohleausstiegs durch die enercity AG die Strategie*
- 4 *des Unternehmens sukzessive weiterentwickelt wird, um verstärkt Nicht-Verbrennungstechnologien*
- 5 *wie Großwärmepumpen, Geothermie und Solarthermie einzusetzen. Verbrennungsbasierte*
- 6 *Heizwerke (Biomasse/Altholz, Müll) sollen auf diese Weise langfristig möglichst ersetzt werden.*

KI 2 – Kapazitätsausbau der Schnellwege und Autobahnen vermeiden

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

1 Die SPD-Ratsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass bei künftigen Stellungnahmen der
2 Landeshauptstadt Hannover im Rahmen von Planfeststellungsverfahren zu den sanierungs-
3 bedürftigen Schnellwegen sowohl die Aspekte der Verkehrssicherheit, Nachhaltigkeit als auch der
4 stadtverträgliche Umbau fokussiert werden. Auf diese Weise soll in der Stellungnahme von Seiten
5 der Landeshauptstadt sichergestellt werden, dass Hannover deutlich erklärt, dass es im Interesse
6 der Kommune ist, Um- und Ausbauten der Schnellwege, Bundesstraßen und Autobahnen auf das
7 notwendige Maß zu reduzieren.

8 **Begründung:**

9 Wie im Verkehrsentwicklungsplan „Aktionsprogramm Verkehrswende“ der Region Hannover VEP
10 2035+ beschrieben, wird ein Kapazitätsausbau der Autobahnen und Schnellwege nicht
11 notwendig sein.

12 Ein weiterer Ausbau der Autobahnen und Schnellwege ist im Sinne der Verkehrswende nicht
13 zielführend. Es würden weitere Flächen versiegelt und es entstünden weitere Umwelt- und
14 Klimabelastungen durch die Verwendung von Beton und Transporte für den Bau.

15 Der zugrunde liegende Bundesverkehrswegeplan 2030 wurde 2016 beschlossen. Seitdem sind die
16 Voraussetzungen in Bezug auf Klimaschutz und Verkehrswende verändert; der Verkehr soll im
17 Rahmen der Verkehrswende verstärkt auf das S-Bahn- und Stadtbahn-Netz verlagert werden.
18 Trotz eines eventuell zunehmenden Durchgangsverkehrs ist mit einem Rückgang der Kfz-
19 Verkehrsstärke zu rechnen.

20 **Quellen:**

21 Region Hannover Verkehrsentwicklungsplan "Aktionsprogramm Verkehrswende" (VEP 2035+):
22 [https://ris.hannit.de/public/to020?5--anlagenVoHeaderPanel-attachmentsList-0-attachment-](https://ris.hannit.de/public/to020?5--anlagenVoHeaderPanel-attachmentsList-0-attachment-link&TOLFDNR=2010878)
23 [link&TOLFDNR=2010878](https://ris.hannit.de/public/to020?5--anlagenVoHeaderPanel-attachmentsList-0-attachment-link&TOLFDNR=2010878)

24 Bundesverkehrswegeplan 2030:

25 <https://www.bvwp-projekte.de/strasse/A2-G11-NI/A2-G11-NI.html>

KI 2 – Kapazitätsausbau der Schnellwege und Autobahnen vermeiden (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Bothfeld

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 *Der SPD-Stadtverband Hannover fordert die SPD-Ratsfraktion Hannover dazu auf, dass bei*
- 2 *künftigen Stellungnahmen der Landeshauptstadt Hannover im Rahmen von Planfeststellungs-*
- 3 *verfahren zu den sanierungsbedürftigen Schnellwegen sowohl die Aspekte der Verkehrssicherheit,*
- 4 *Nachhaltigkeit als auch der stadtverträgliche Umbau fokussiert werden. Auf diese Weise soll in der*
- 5 *Stellungnahme von Seiten der Landeshauptstadt sichergestellt werden, dass Hannover deutlich*
- 6 *erklärt, dass es im Interesse der Kommune ist, Um- und Ausbauten der Schnellwege, Bundesstraßen*
- 7 *und Autobahnen auf das notwendige Maß zu reduzieren.*

KI 3 – Suffizienz

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover; UB-Parteitag

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Die SPD Hannover setzt sich dafür ein, dass die Klimaschutzagentur Hannover den Auftrag erhält,
- 2 die Bürger:innen und Stakeholder der Wohnungswirtschaft Hannovers über das klimarelevante
- 3 Thema Suffizienz bei der Nutzung und Bereitstellung von Wohnraum aufzuklären und
- 4 dahingehende gesellschaftliche Initiativen zu fördern.
- 5 Zur Ermöglichung von effizienterer Wohnraumnutzung in Hinblick auf Flächen- und
- 6 Energieverbrauch, Etablierung neuer Wohnformen und Nutzungsoptimierung von bestehendem
- 7 Wohnraum sollen Mittel für Personal sowie ein Budget für entsprechende Öffentlichkeitsarbeit
- 8 und Fördermaßnahmen bereitgestellt werden.
- 9 Begründung:
- 10 Beim Stichwort der Suffizienz geht es darum, dass sich der Verbrauch von Ressourcen innerhalb
- 11 der Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit der Erde bewegen soll. Die Bevorzugung von
- 12 möglichst effizienter Wohnraumnutzung pro Kopf, Erhöhung der Energieeffizienz insgesamt,
- 13 Förderung neuer, auch integrativer Wohnformen und Nutzungsänderungen von Büroflächen
- 14 müssen gefördert werden. Ein Leben in vertrauter Umgebung und Gemeinschaft im Alter haben
- 15 Priorität.
- 16 Vermittlungs- und Beratungsangebote sollen die Umnutzungskonzepte flankieren. Dies ist
- 17 wichtig, um Angebote für kostengünstige kleine Wohnungen zu schaffen und Nebenkosten
- 18 dauerhaft zu senken. Der Umbau von bestehendem Wohnraum als nachgelagerte Option zur
- 19 suffizienten Nutzung für jüngere (z.B. Studentenwohnheime) und ältere Menschen (z.B.
- 20 Seniorenwohnheime) soll gefördert werden, da beide Gruppen gemeinsam stark von integrativen
- 21 Wohnkonzepten profitieren können.

KI 4 – Umwidmung Gewerbeflächen zu Wohnflächen

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

1 Die SPD-Ratsfraktion Hannover möge sich dafür einsetzen, dass die Umwidmung von
2 ungenutzten Gewerbeflächen zu Wohnflächen oder Mischformen durch die öffentliche Hand
3 oder private Investoren dann erleichtert wird, wenn das städtebauliche Umfeld und das
4 vorgestellte Projekt / Konzept dazu passen. Hierbei sollen insbesondere die Potenziale von nicht
5 mehr benötigter Bürofläche in Augenschein genommen werden. Steht der Umwidmung der
6 betrachteten Fläche die mögliche Ansiedlung eines Unternehmens entgegen, wird der Ansiedlung
7 Priorität eingeräumt und von einer Umwidmung Abstand genommen.

8 **Begründung:**

9 Die neuen Arbeitsrealitäten führen vermehrt zu Leerstand bei Büro- und Gewerbeflächen. Eine
10 einfachere Möglichkeit der Umwidmung der Nutzung und zugleich Reduzierung der Auflagen
11 kann einen Beitrag zur Entspannung des Wohnungsmarktes leisten, und kann zugleich den
12 Neubau und damit verursachte Versiegelung von Flächen reduzieren. Weniger "Graue Energie"
13 und mehr Wohnraum für alle. Zudem unterstützt es die Wohnungswirtschaft durch eine
14 flexiblere Nutzung der Immobilien.

KI 4 – Umwidmung Gewerbeflächen zu Wohnflächen (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in AK Nachhaltigkeit*

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 *Der SPD-Stadtverband Hannover wirkt auf eine Zusammenarbeit mit der SPD-Ratsfraktion*
- 2 *Hannover hin, um zu erreichen, dass die Umwidmung von ungenutzten Gewerbeflächen zu*
- 3 *Wohnflächen oder Mischformen durch die öffentliche Hand oder private Investoren dann erleichtert*
- 4 *wird, wenn das städtebauliche Umfeld und das vorgestellte Projekt / Konzept dazu passen. Hierbei*
- 5 *sollen insbesondere die Potenziale von nicht mehr benötigter Bürofläche in Augenschein genommen*
- 6 *werden. Steht der Umwidmung der betrachteten Fläche die mögliche Ansiedlung eines*
- 7 *Unternehmens entgegen, wird der Ansiedlung Priorität eingeräumt und von einer Umwidmung*
- 8 *Abstand genommen.*

KI 5 – Ressourcenschonende Bauweise fördern

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung AG Bau der SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Die SPD-Ratsfraktion Hannover möge sich gegenüber der Verwaltung der Landeshauptstadt dafür
- 2 einsetzen, damit in der Landeshauptstadt Anreize für die Bauwirtschaft geschaffen werden, um
- 3 eine umweltbewusste Bauweise zu fördern und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Es sollten etwa
- 4 bei den Antragsverfahren geeignete Maßnahmen ergriffen werden, damit die Bauwirtschaft
- 5 nachhaltige Baustoffe und Methoden nutzt, um eine klimafreundliche und ressourcenschonende
- 6 Bauweise zu gewährleisten.
- 7 **Begründung:**
- 8 Laut einer Studie der International Energy Agency (IEA) ist der Bausektor für etwa 20% der
- 9 globalen Energie- und CO₂-Emissionen verantwortlich. Die Herstellung von Zement und Beton ist
- 10 eine der größten CO₂-Quellen innerhalb des Bausektors, wobei bei der Herstellung einer Tonne
- 11 Zement ungefähr 0,59 Tonnen CO₂ freigesetzt werden. Der Einsatz von alternativen
- 12 Baumaterialien kann die CO₂-Emissionen deutlich senken.

KI 6 – Umbau statt Neubau

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

1 Die SPD-Ratsfraktion Hannover möge sich dafür einsetzen, dass die Landeshauptstadt bei
2 Bestandsimmobilien, die zum Umbau oder Abriss und Neubau vorgesehen sind, grundsätzlich den
3 Umbau vorzieht. Sollte dennoch ein Abriss und Neubau zum Tragen kommen, sollte aus
4 städtebaulicher Sicht die Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen. Auf diese Dinge soll ein neuer
5 Schwerpunkt bei Planungsphasen und Instandhaltung gelegt werden, um eine möglichst lange
6 Nutzungszeit von Gebäuden zu ermöglichen.

7 Begründung:

8 Der Abbruch von Gebäuden belastet die Umwelt massiv. In der EU gehen die Hälfte der gesamten
9 Rohstoffgewinnung und über 35% des gesamten Abfallaufkommens auf das Konto des
10 Bausektors. Allein in Deutschland fallen jährlich rund 200 Millionen Tonnen mineralische
11 Bauabfälle bei der Errichtung, dem Umbau, der Renovierung oder dem Abbruch von Bauwerken
12 an. Hier ist es wichtig, Abfälle möglichst umweltfreundlich zu entsorgen und wiederverwendbare
13 Baumaterialien zu nutzen. Erhalt und Renovierung von Bestandsbauten verbessern die
14 Klimabilanz. Durch jeden Nicht-Einsatz von Zement und jede Vermeidung von Transport werden
15 Emissionen reduziert.

KI 6 – Umbau statt Neubau (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in AK Nachhaltigkeit*

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 *Der SPD-Stadtverband Hannover strebt ein Zusammenwirken mit der SPD-Ratsfraktion Hannover*
- 2 *an, damit die Stadt Hannover bei Bestandsimmobilien, die zum Umbau oder Abriss und Neubau*
- 3 *vorgesehen sind, grundsätzlich den Umbau vorzieht. Sollte dennoch ein Abriss und Neubau zum*
- 4 *Tragen kommen, muss aus städtebaulicher Sicht die Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen. Auf*
- 5 *diese Dinge soll ein neuer Schwerpunkt bei Planungsphasen und Instandhaltung gelegt werden, um*
- 6 *eine möglichst lange Nutzungszeit von Gebäuden zu ermöglichen.*

KI 7 – Wärmewende

Antragsteller:in: SPD-Ortsvereine List-Nord und SPD-Ortsverein Vahrenwald-List

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

- 1 Die SPD-Ratsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Landeshauptstadt die beschleunigte
2 Dekarbonisierung der Erzeugung von Heizungswärme fördert und von warmem Wasser
3 in privaten Haushalten, Gewerbe, durch
 - 4 a. Unterstützung von enercity in den Bereichen der Stadt, in den alternative
5 klimaneutrale Energieerzeugungssysteme wie Wärmepumpen (unterschiedlicher
6 Art) voraussichtlich aus Gründen der Bebauungsstruktur nicht zum Tragen kommen
7 werden, beim Ausbau des Fernwärmenetzes in den Straßen, in denen der Wunsch
8 nach einem Anschluss besteht, aber die betriebswirtschaftlich gewünschte
9 Anschlussquote nicht zustande kommt. Die Stadt unterstützt enercity bei der
10 Terminplanung für den straßenweisen Ausbau dieses Basisnetzes, damit
11 sichergestellt ist, dass nicht ganze Quartiere für die Bewohner nicht erreichbar sind
12 – und natürlich aus wirtschaftlichen Gründen.
 - 13 b. Unterstützung von enercity (ggf. durch Satzungsänderung), damit enercity ihre
14 Funktion als kommunaler Versorger mit klimaneutraler und preiswerter Energie für
15 die Bürgerinnen und Bürger Hannovers und des Gewerbes vorrangig nachkommen
16 kann.
 - 17 c. Dazu legt die städtische Tochtergesellschaft enercity umgehend ein unter diesen
18 Gesichtspunkten optimiertes Fernwärmeausbaunetz (unter Einbeziehung der dafür
19 erforderlichen Erzeugungskapazitäten), für die Bereitstellung möglichst preiswerter
20 Fernwärme. Dieses Basisnetz soll bis zum Herbst 2024 vorgelegt werden.
 - 21 d. Stadt und enercity suchen gemeinsam nach Lösungen, um Immobilieneigentümern
22 die Finanzierung von Fernwärmeanschlüssen zu erleichtern (z. B. Stundung, günstige
23 Ratenzahlung, etc.)
- 24 2. Die Stadt Hannover fördert die Dekarbonisierung im Stadtgebiet in den Bereichen
25 (unabhängig vom derzeitigen Fernwärmeausbausetzungsgebiet), in denen aufgrund
26 der Bebauungsstruktur Alternativen zum Fernwärmeanschluss sinnvoll sind, die
27 GrundstückseigentümerInnen und die MieterInnen bei der Schaffung dazu
28 alternativer Wärmeversorgung durch aktive Unterstützung bei der Planung und der
29 Realisierung, um die Belastung der MieterInnen niedrig zu halten und die
30 Mitwirkungsbereitschaft zu erhöhen.
 - 31 a. Insbesondere bei der Schaffung von Nahwärmelösungen, auch mit Erteilung der
32 notwendigen Genehmigungen (u.a., wenn für eine wirtschaftlich sinnvolle
33 Quartierslösung ggf. Straßen unterquert werden müssen)

- 34 b. Bei der Gründung von quartiersbezogenen Energieversorgungsgenossenschaften
35 c. Bei der Bündelung unterschiedlicher Fördermöglichkeiten (insbesondere bei der
36 Kombination mit Modernisierungsmaßnahmen)
37 d. Soweit aufgrund kontraproduktiver rechtlicher Regelungen Probleme bei der
38 Umsetzung dieser Ziele bestehen, wird die Stadt bei den jeweiligen Regelungsgebern
39 bzgl. einer Anpassung initiativ.
- 40 3. Die Stadt unterstützt Immobilieneigentümer:innen bei der Schaffung von
41 Solaranlagen durch geeignete bürokratische Unterstützung und beschleunigte
42 Genehmigungsverfahren. enercity bemüht sich um beschleunigte Netzanschlüsse.

43 Begründung:

44 Das selbstgesteckte Ziel der Landeshauptstadt, bis 2030 klimaneutral zu sein ist. nur mit
45 verstärkten Anstrengungen möglich. Das gilt insbesondere für die „Wärmewende“; d.h. die
46 CO₂-freie Erzeugung und Nutzung von Wärme und Warmwasser im Stadtgebiet.
47 Insbesondere der Fernwärmeausbau ist - aus unterschiedlichen Gründen - ins Stocken
48 geraten.

49 Eine Beschleunigung im Ausbau klimafreundlicher und bezahlbarer Energieversorgung ist
50 zwingend erforderlich, sie hilft der politischen Akzeptanz und ein zügiger Ausbau auch der
51 wirtschaftlichen Entwicklung.

52 Ein Problem liegt darin, dass enercity aus wirtschaftlichen Gründen nur Straßenzüge
53 anschließt, in denen die Mehrheit der Eigentümer anschlusswillig ist. Das ist oft nicht der Fall,
54 weil entweder die vorhandenen Heizungsanlagen noch in gutem Zustand sind und noch
55 länger Bestandsschutz haben, weil die EigentümerInnen auf Alternative Lösungen setzen
56 oder Hauseigentümergeinschaften sich nicht einigen können – oder aus sonstigen
57 Gründen. In einzelnen Fällen werden – solange es noch zulässig ist – noch neue
58 Gasheizungen eingebaut. Auf diese Weise verzögert sich der Ausbau. Es ist daher notwendig,
59 dass enercity in den Fällen auf eigene Kosten mit dem Ausbau in Vorleistung geht, in denen
60 die Wahrscheinlichkeit, dass alternative klimaneutrale Wärmeerzeugungsanlagen gebaut
61 werden, sehr gering ist. Das ist in dicht bebauten Gründerzeitgebieten mit kleinen
62 Grundstücken der Fall, in denen voraussichtlich Luft-Wasser-Wärmepumpen nicht zum
63 Einsatz kommen werden und aufgrund von Dachgeschossausbauten nicht genügend
64 Solaranlagen zum Betrieb der Wärmepumpen auf den Dächern installiert werden können.
65 Da die Gründerzeitquartiere zusammenhängend entstanden sind, bietet es sich an, ein
66 Basisnetz festzulegen, das auch dann ausgebaut wird, wenn nicht das nach Ansicht der
67 Stadtwerke betriebswirtschaftlich erforderliche Quorum an Anschlussbegeisterten zustande
68 kommt. Der Vorteil läge darin, dass ein zunächst kleineres geschlossenes Netz zustande
69 käme, das wirtschaftlicher betrieben werden kann als ein zerrissenes Netz. Außerdem würde
70 die derzeitigen Irritationen und Unsicherheiten in der Bevölkerung abbauen, die an der
71 Handlungsfähigkeit von enercity und dem Rat der Landeshauptstadt zweifeln, dass dem

72 Erlass von Ankündigungen und Zwangsverpflichtungen auch eigene Maßnahmen folgen zu
73 lassen. Und dies durch Sicherstellung der Energie mit Preiswerter Energie. Dies ist die
74 Verpflichtung eines kommunalen Energieversorgers, egal, welchen Firmennahmen er hat.

75 Um den enercity-Vorstand von der Sinnfälligkeit dieser Lösung zu überzeugen, steht dem OB
76 und dem Rat (als Mehrheitseigner einer Aktiengesellschaft) neben der Kraft der Worte
77 natürlich im Zweifel zur Unterstützung des Vorstandes auch ein ausreichendes
78 gesellschaftsrechtliches Instrumentarium zur Verfügung. Dazu dient auch den
79 Investitionsrahmen für enercity besser abzusichern, unter anderem durch Reduzierung der
80 Gewinnausschüttung für Infrastrukturinvestitionen, die kurzfristig nicht rentabel sind - oder
81 durch Stundung der Konzessionsabgabe.

82 Es macht Sinn, in Ergänzung eines schnell ausgebauten Basis-Fernwärmenetzes, in den
83 Blockbebauungsgebieten (ab den 20er Jahren) Nahwärmenetze zu fördern, die von den
84 EigentümerInnen, in der Regel Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften, errichtet
85 werden, die die Organisationskraft haben und überwiegend Gewähr bei Fuß stehen, wenn
86 der finanzielle Rahmen dies hergibt und sie bürokratische Unterstützung haben. Für sie ist
87 ohne eine Bundesförderung, wie sie zurzeit Eigenheimbesitzer:innen gewährt wird,
88 allerdings die Schere zwischen den Investitionssummen und der Refinanzierung der
89 Investitionen auch langfristig ruinös. Eine staatliche Unterstützung hilft nicht nur der
90 volkswirtschaftlichen Entwicklung durch ein entsprechendes Konjunkturprogramm, sondern
91 trägt auch zu niedrigen Mieten bei, was aus gesellschaftspolitischen Gründen zwingend
92 notwendig ist – und was teure Fernwärme möglicherweise nicht leisten kann.

93 Es macht Sinn, in Ergänzung eines schnell ausgebauten Basis-Fernwärmenetzes, in den
94 Blockbebauungsgebieten ab den 20er Jahren Nahwärmenetze zu fördern, die von den
95 EigentümerInnen, in der Regel Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften, errichtet
96 werden, die die Organisationskraft haben und überwiegend Gewähr bei Fuß stehen, wenn
97 der finanzielle Rahmen dies hergibt und sie bürokratische Unterstützung haben. Für sie ist
98 ohne eine Bundesförderung, wie sie zurzeit Eigenheimbesitzern gewährt wird allerdings die
99 Schere zwischen Investitionssummen und der Refinanzierung der Investitionen auch
100 langfristig ruinös.

101 Um die MieterInnen in diesen Gebieten besser an den Förderprogrammen partizipieren zu
102 lassen, sind entsprechende Modelle zu entwickeln. Zur stehen staatliche Förderung nur
103 privaten EigentümerInnen, z.B. Eigenheimbesitzer:innen zur Verfügung. Dies führt zu
104 politischen Verwerfungen, weil andererseits die VermieterInnen, wie mehrfach erläutert -
105 aufgrund der staatlich gewollten Regelungen – Nichtrefinanzierbarkeit nicht in die
106 Dekarbonisierung investieren, sondern ggf. In aktuell günstige fossile Erzeugungsanlagen
107 investieren, solange dies noch legal ist. Eine Lösung können Energiegenossenschaften sein,
108 zu denen sich die MieterInnen zusammen mit der jeweiligen Wohnungsgesellschaft oder
109 Wohnungsgenossenschaft zusammenschließen. Das beschleunigt die Wärmewende, schafft
110 Investitionen, verteilt die Lasten auf mehrere Schultern und trägt zu niedrigen Energiekosten

111 für die Mieter bei. Wohnungsgenossenschaften können dabei Vorreiter sein, weil sie ein
112 besonderes Interesse haben, dass ihre Mitglieder niedrige Nebenkosten haben. Sie brauchen
113 dabei allerdings Hilfe und Unterstützung, um dies verwirklichen zu können.

KI 7 – Wärmewende (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in: SPD-Ortsvereine List-Nord und SPD-Ortsverein Vahrenwald-List

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 *Die Stadt Hannover fördert die beschleunigte Dekarbonisierung der Erzeugung von*
2 *Heizungswärme und von warmem Wasser in privaten Haushalten, Gewerbe, durch*
- 3 *a. Unterstützung von enercity in den Bereichen der Stadt, in den alternative*
4 *klimaneutrale Energieerzeugungssysteme wie Wärmepumpen (unterschiedlicher Art)*
5 *voraussichtlich aus Gründen der Bebauungsstruktur nicht zum Tragen kommen*
6 *werden, beim Ausbau des Fernwärmenetzes in den Straßen, in denen der Wunsch nach*
7 *einem Anschluss besteht, aber die betriebswirtschaftlich gewünschte Anschlussquote*
8 *nicht zustande kommt. Die Stadt unterstützt enercity bei der Terminplanung für den*
9 *straßenweisen Ausbau dieses Basisnetzes, damit sichergestellt ist, dass nicht ganze*
10 *Quartiere für die Bewohner nicht erreichbar sind – und natürlich aus wirtschaftlichen*
11 *Gründen.*
- 12 *b. Unterstützung von enercity (ggf. durch Satzungsänderung), damit enercity ihre*
13 *Funktion als kommunaler Versorger mit klimaneutraler und preiswerter Energie für die*
14 *Bürgerinnen und Bürger Hannovers und des Gewerbes vorrangig nachkommen kann,*
15 *ggf. zulasten der Gewinnausschüttung.*
- 16 *c. Dazu legt die städtische Tochtergesellschaft enercity umgehend ein unter diesen*
17 *Gesichtspunkten optimiertes Fernwärmeausbaunetz (unter Einbeziehung der dafür*
18 *erforderlichen Erzeugungskapazitäten), für die Bereitstellung möglichst preiswerter*
19 *Fernwärme. Dieses Basisnetz soll bis zum Herbst 2024 vorgelegt werden.*
- 20 *d. Stadt und enercity suchen gemeinsam nach Lösungen, um Immobilieneigentümern die*
21 *Finanzierung von Fernwärmeanschlüssen zu erleichtern (z. B. Stundung, günstige*
22 *Ratenzahlung, etc.)*
- 23 *2. Die Stadt Hannover fördert die Dekarbonisierung im Stadtgebiet in den Bereichen*
24 *(unabhängig vom derzeitigen Fernwärmeausbausetzungsgebiet), in denen aufgrund*
25 *der Bebauungsstruktur Alternativen zum Fernwärmeanschluss sinnvoll sind, die*
26 *GrundstückseigentümerInnen und die MieterInnen bei der Schaffung dazu alternativer*
27 *Wärmeversorgung durch aktive Unterstützung bei der Planung und der Realisierung,*
28 *um die Belastung der MieterInnen niedrig zu halten und die Mitwirkungsbereitschaft*
29 *zu erhöhen.*
- 30 *a. Insbesondere bei der Schaffung von Nahwärmelösungen, auch mit Erteilung der*
31 *notwendigen Genehmigungen (u.a., wenn für eine wirtschaftlich sinnvolle*
32 *Quartierslösung ggf. Straßen unterquert werden müssen).*
- 33 *b. Bei der Gründung von quartiersbezogenen Energieversorgungsgenossenschaften*
- 34 *c. Bei der Bündelung unterschiedlicher Fördermöglichkeiten (insbesondere bei der*

- 35 *Kombination mit Modernisierungsmaßnahmen)*
- 36 *d. Soweit aufgrund kontraproduktiver rechtlicher Regelungen Probleme bei der*
- 37 *Umsetzung dieser Ziele bestehen, wird die Stadt bei den jeweiligen*
- 38 *Regelungsgebern bzgl. einer Anpassung initiativ.*
- 39 3. *Die Stadt unterstützt ImmobilieneigentümerInnen bei der Schaffung von Solaranlagen*
- 40 *durch geeignete bürokratische Unterstützung und beschleunigte Genehmigungs-*
- 41 *verfahren. enercity bemüht sich um beschleunigte Netzanschlüsse.*

KOMMUNALPOLITIK (K)

K 1 – Bezirksratsgremien in der Landeshauptstadt stärken

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein List-Nord, SPD-Ortsverein Vahrenwald-List

Weiterleitung: Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover, SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 1. Der Stadtverband der SPD Hannover bekennt sich uneingeschränkt zu seinen 13
2 Bezirksratsgremien als kleinste politische Einheit und wird auch in Zukunft nicht
3 dazu beitragen, diese in ihrer Anzahl oder Größe zu reduzieren.
- 4 2. Der Stadtverband setzt sich bei seinen Ratsmitgliedern dafür ein, dass die im
5 Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2023/2024 gekürzten „eigenen Mittel“
6 mittelfristig mindestens wieder auf die ursprünglichen Höhe des Jahres 2023
7 zurückgeführt werden, um Vereine und Verbände vor Ort wieder zu stärken. Diese
8 Maßnahme zielt auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und die
9 Unterstützung der lokalen Gemeinschaften ab.

10 Begründung:

11 Zu 1.):

12 Die Bezirksräte sind Ausdruck einer dezentralen politischen Kultur und ermöglicht den
13 Menschen vor Ort, ihre Anregungen oder Sorgen direkt zu platzieren. Die Bezirksräte haben
14 die Ortskenntnis die benötigt wird, um wichtige Entscheidungen über Angelegenheiten, die
15 nur den Stadtteil betreffen, richtig einzuschätzen und alle Interessen ausgleichend zu
16 berücksichtigen. Dies führt zu mehr Bürgerbeteiligung und demokratischer Akzeptanz von
17 Politik. Eine Reduzierung der Gremien würde der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger
18 mit ihrem Stadtteil zuwider laufen und die benötigten Ortskenntnisse der
19 Bezirksratsmitglieder verwässern. Um diese Ortskenntnisse sicher zu stellen ist auch von
20 einer Minimierung der Anzahl an Räten in den Bezirksratsgremien abzusehen.

21 Zu 2.):

22 Die Kürzung der eigenen Mittel im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wird zu finanziellen
23 Einschnitten für viele Vereine und Verbände vor Ort führen. Diese Organisationen spielen
24 eine entscheidende Rolle in unserer Gemeinschaft, indem sie kulturelle, sportliche, soziale
25 und karitative Angebote bereitstellen. Sie schaffen Begegnungsräume, fördern das ehren-
26 amtliche Engagement und sorgen für eine lebendige und vielfältige Gemeinschaft. Die Redu-
27 zierung der finanziellen Mittel wird jedoch dazu führen, dass viele Vereine und Verbände ge-
28 zwungen werden, ihre Aktivitäten einzuschränken, Personal abzubauen oder sogar ihre Exis-
29 tenz zu gefährden. Dies hat nicht nur negative Auswirkungen auf das kulturelle und soziale

30 Angebot vor Ort, sondern verringert auch die Lebensqualität und das Zusammengehörig-
31 keitsgefühl der Menschen in unserer Stadt.

K 2 – Reform der Gartenordnung der Stadt Hannover für Kleingärten

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein List-Nord

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

1 Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, einen Antrag zur Änderung der Kleingartenordnung
2 in den Rat einzubringen, um mehr biologische Vielfalt und einen größeren Beitrag für
3 Artenvielfalt in den Kleingartenanlagen zu ermöglichen.

4 Begründung:

5 Die Kleingartenanlagen haben eine große soziale und ökologische Bedeutung in Hannover. Sie
6 leisten einen großen Beitrag für die wohnortnahe Naherholung und damit für die psychische
7 Gesundheit und kulturelle Betätigung.

8 Allerdings stammt die das Kleingartenrecht aus einer Zeit, als Ordnung und Rechtwinkligkeit ein
9 leitendes Prinzip war und die Selbstversorgung mit Obst und Gemüse im Vordergrund stand. Der
10 Erhalt vielfältigen tierischen und pflanzlichen Lebens war nicht prioritär, Artensterben verhindern
11 kein Leitmotiv. Ohne diese tradierte Werte schmälern zu wollen, ist es erforderlich, das hohe
12 ökologische Potential der Gärten angesichts des vielfältigen Artensterben aufgrund der
13 Reduzierung der Lebensräume für viele Tier und Pflanzenarten, besser zu nutzen, insbesondere
14 durch „Unkrautflächen“ und mehr Heckenanlagen, sowie der Erhalt sogenannter kranker Bäume
15 als Nahrung für Insekten und Würmer.

16 Auf der Grundlage des Bundeskleingartengesetzes hat die Landeshauptstadt die Gartenordnung
17 von 2004 erlassen, die regelt, was in Kleingärten erlaubt und was verboten ist. Das scheint aus
18 heutiger Sicht überreglementiert und hat mit ökologischen Zielen wenig zu tun. Das ist an
19 Spießigkeit kaum zu überbieten. Die Gartenordnung ist Grundlage für die Pachtverträge, die die
20 Vereine mit den Pächtern abschließen.

21 Es ist absurd, dass Stadt und Region Biodiversitätsprogramme fördern, aber auf den der Stadt
22 gehörenden und von ihr verpachteten Flächen dies nur in begrenztem Maße zulassen, anstatt,
23 ohne dass es etwas kostet, das Potential nicht auszuschöpfen.

24 Die Gartenordnung ist dahingehend zu reformieren, dass in den Kleingärten mehr Lebensräume
25 für Insekten, Wirbellose und Wirbeltiere geschaffen werden können, ohne das ökologisch
26 Orientierte für ihren Einsatz für Artenvielfalt und Biodiversität bestraft oder gemäßregelt werden
27 können.

K 3 – Stärkung der Kleingärten

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Vahrenwald-List, SPD-Ortsverein Ortsverein List-Nord

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

1 Die SPD der Landeshauptstadt Hannover setzt sich für eine Stärkung des
2 Kleingartengedankens ein und fordert seine Mandatsträger:innen im Rat und in den
3 Bezirksräten auf:

4 1. Erhalt von Kleingartenanlagen als Grünflächen in Stadtentwicklungsplänen und in
5 der Flächennutzungsplanung. Kleingärten dienen nicht als Bauerwartungsland.
6 Bestehende Anlagen sollten nicht umgewandelt oder reduziert werden, sondern
7 erhalten und, (falls notwendig) wenn möglich, erweitert werden.

8 2. Förderung von nachhaltiger Kleingartenbewirtschaftung durch Unterstützung der
9 Kleingärtnerinnen und Kleingärtner in Form von Zuschüssen, Beratungsangeboten
10 und Schulungen, um ökologisches Bewusstsein zu stärken.

11 3. Aktive Unterstützung und Förderung des Projektes „Lerngartennetzwerk“, um
12 Kooperationen von Kleingartenvereinen und Kindertagesstätten zu forcieren.

13 Begründung:

14 Kleingärten sind von großer Bedeutung für die ökologische Vielfalt und das Wohlbefinden in
15 Städten. Sie bieten nicht nur einen wichtigen Erholungsraum für ihre Pächterinnen und
16 Pächter, sondern erfüllen auch eine Funktion als Rückzugsort für zahlreiche Tier- und
17 Pflanzenarten. Gerade in einer Großstadt wie Hannover stellen Kleingärten wertvolle grüne
18 Oasen dar, die für die Bewohnerinnen und Bewohner eine unschätzbare Bereicherung
19 darstellen.

20 Der zunehmende Druck auf vorhandene Flächen und die steigende Nachfrage nach
21 Wohnraum sollten jedoch nicht dazu führen, dass Kleingärten dafür geopfert werden. Ihre
22 Bedeutung für die Umwelt, das Stadtklima und für die seelische Gesundheit der dort Tätigen
23 ist unbestreitbar. Es ist unser gemeinsames Interesse, diese wichtigen Flächen zu bewahren
24 und ihren Schutz sicherzustellen.

25 Indem wir die ökologisch wertvollen Kleingärten in Hannover schützen und erhalten, können
26 wir nicht nur zur Verbesserung des Stadtklimas beitragen, sondern auch die Biodiversität
27 fördern und die Lebensqualität der städtischen Bevölkerung erhöhen.

K 4 – Zukunft des Ihmezentrums und Verantwortung der Stadtverwaltung

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

1 Die SPD Hannover bittet die SPD-Ratsfraktion, die Verwaltung der Landeshauptstadt
2 nachhaltig aufzufordern, ein Konzept zu entwickeln, wie die privaten Eigentümer des
3 Ihmezentrums bewegt werden können, dass es saniert und wiederbelebt werden kann,
4 die über 50 freistehenden Wohnungen schnellstmöglich belegt und eine hinreichende
5 Beleuchtung und Sicherheit im gesamten Komplex sichergestellt werden können.
6 Insbesondere sind dabei die Belange und Sorgen der weiteren Miteigentümer zu
7 berücksichtigen.

8 Begründung:

9 Mit der aktuellen Insolvenz der Projektgesellschaft des Großinvestors am Ihmezentrum hat
10 sich die Wahrscheinlichkeit der Einhaltung der beim Einstieg in Hannover gegebenen
11 Sanierungsversprechen nicht erhöht.

12 Nach Angaben des NDR stehen derzeit monatlich 450.000,- € an Hausgeldzahlungen aus,
13 millionenschwere Grundschulden liegen auf den entsprechenden Eigentumsanteilen, mehr
14 als 50 Wohnungen stehen demnach derzeit frei.

15 Mit dem Wegfall der Mieteinnahmen aus den ehemaligen Mietverträgen mit der
16 Landeshauptstadt und von enercity sind die Hoffnungen eher gering, dass schlichte
17 Marktmechanismen zur Verbesserung der Situation am Ihmezentrum beitragen.

18 Die SPD-Ratsfraktion möge an den Oberbürgermeister herantreten, um ihn zur
19 Konzepterstellung mit einer umfassenden Prüfung der städtischen Einflussnahme-
20 möglichkeiten inkl. der städtebaulichen Gebote des Baugesetzbuchs und der Städte-
21 bauförderung zu veranlassen.

K 4 – Zukunft des Ihmezentrums und Verantwortung der Stadtverwaltung (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 *Die SPD Hannover bittet die SPD-Ratsfraktion, den Oberbürgermeister der Landes-*
- 2 *hauptstadt Hannover nachhaltig aufzufordern, ein Konzept zu entwickeln, wie die privaten*
- 3 *Eigentümer des Ihmezentrums bewegt werden können, dass es saniert und wiederbelebt*
- 4 *werden kann, die über 50 freistehenden Wohnungen schnellstmöglich belegt und eine*
- 5 *hinreichende Beleuchtung und Sicherheit im gesamten Komplex sichergestellt werden*
- 6 *können.*

K 5 – Verstöße gegen Mietpreisüberhöhungen konsequent ahnden

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

7 Die SPD Hannover bittet die SPD-Ratsfraktion, die Verwaltung der Landeshauptstadt
8 aufzufordern, ein Konzept zu entwickeln, dass – ähnlich wie die Stadt Frankfurt am Main
9 – Stellen zur Verfolgung von Mietpreisüberhöhungen geschaffen werden, die Verstöße
10 gegen § 5 WiStrG wegen Mietpreisüberhöhungen nachhaltig verfolgen und mit Buß-
11 geldern von bis zu 50.000,- € ahnden.

12 Begründung:

13 Viele Mitmenschen in Hannover leiden unter exorbitanten Mieten und müssen einen
14 Großteil ihrer monatlichen Einkünfte an Wohnraummieten zahlen. Einige Vermieter nutzen
15 die Enge am Wohnungsmarkt rücksichtslos aus und lassen sich rechtswidrig unter Verstoß
16 gegen § 5 WiStrG und teilweise gegen § 291 StGB überhöhte Mieten zahlen. Um
17 Gesetzesverstöße konsequent zu ahnden bedarf es Stellen in der LHH, die die Ahndung dieser
18 Gesetzesverstöße sicherstellen.

19 Die Stadt Frankfurt am Main hat bereits positive Erfahrungen gesammelt, die Beachtung der
20 gesetzlich zugelassenen Miethöhen ist dort besser, zivilrechtlich machen dort in der Folge
21 Mieterinnen und Mieter die Rückzahlung überhöhter Mieten geltend und erhalten viel Geld
22 zurück.

K 5 – Verstöße gegen Mietpreisüberhöhungen konsequent ahnden (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 *Die SPD Hannover bittet die SPD-Ratsfraktion, den Oberbürgermeister aufzufordern, ein*
- 2 *Konzept zu entwickeln, dass -ähnlich wie die Stadt Frankfurt am Main- Stellen zur*
- 3 *Verfolgung von Mietpreisüberhöhungen geschaffen werden, die Verstöße gegen § 5 WiStrG*
- 4 *wegen Mietpreisüberhöhungen nachhaltig verfolgen und mit Bußgeldern von bis zu*
- 5 *50.000,- € ahnden.*

K 6 – Behebung von Leerständen von Gewerbeimmobilien

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

1 Die SPD Hannover bittet die SPD-Ratsfraktion, die Verwaltung der Landeshauptstadt
2 nachhaltig aufzufordern, ein Konzept zu entwickeln, wie die privaten Eigentümer von
3 leerstehenden Gewerbeimmobilien wie etwa dem Karstadt-Haupthaus in der Georg-
4 straße notfalls mit (bau-)ordnungs- oder abgaberechtlichen Maßnahmen bewegt
5 werden können, diese Immobilien einer sinnvollen Nutzung wieder zuzuführen und den
6 Leerstand zu beenden, ggf. unter teilweiser Umwandlung in Wohnraum.

7 Begründung:

8 Die zunehmenden Leerstände insbesondere von Gewerbeimmobilien in der Innenstadt
9 Hannovers führen nicht nur zu Einnahmeausfällen auf Vermieterseite, sondern stellen auch
10 Gefahren für die Entwicklung für den Wirtschaftsstandort und die Attraktivität insbesondere
11 der Innenstadt dar.

12 Es ist Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten der Landeshauptstadt, Konzepte zu
13 entwickeln, die zur Verringerung der Leerstände beitragen, ob mit zielgerichteten
14 Gesprächen, entsprechenden motivierenden Ansätzen oder auch mit ordnungsrechtlichen
15 und abgaberechtlichen Möglichkeiten.

16 Die SPD-Ratsfraktion möge den Oberbürgermeister an seine Aufgabenwahrnehmung
17 erinnern.

K 6 – Behebung von Leerständen von Gewerbeimmobilien (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 *Die SPD Hannover bittet die SPD-Ratsfraktion, den Oberbürgermeister nachhaltig*
- 2 *aufzufordern, ein Konzept zu entwickeln, wie die privaten Eigentümer von leerstehenden*
- 3 *Gewerbeimmobilien wie etwa dem Karstadt - Haupthaus in der Georgstraße notfalls mit*
- 4 *(bau-)ordnungs- oder abgaberechtlichen Maßnahmen bewegt werden können, diese*
- 5 *Immobilien einer sinnvollen Nutzung wieder zuzuführen und den Leerstand zu beenden,*
- 6 *ggf. unter teilweiser Umwandlung in Wohnraum.*

KULTUR & SPORT (KS)

KS 1 – Gedenktafel für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Mitte

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

1 Der Stadtverbandsparteitag der SPD Hannover fordert die SPD-Fraktion im Rat der
2 Landeshauptstadt Hannover auf, sich für eine Gedenktafel für die homosexuellen Opfer
3 des Nationalsozialismus einzusetzen.

4 Begründung:

5 Im nationalsozialistischen Deutschland fand eine Homosexuellen-Verfolgung ohne gleichen
6 in der Geschichte statt. 1935 ordneten die Nationalsozialisten die umfassende
7 Kriminalisierung männlicher Homosexualität an. Dazu wurden die im § 175 des
8 Strafgesetzbuches vorgesehenen Bestimmungen gegen homosexuelles Verhalten erheblich
9 verschärft und ausgeweitet. Bereits ein Kuss unter Männern konnte zur Verfolgung führen. §
10 175 bedeutete Gefängnis oder Zuchthaus. Es gab über 50.000 Verurteilungen. Teilweise
11 konnten die NS-Behörden die Kastration Verurteilter erzwingen. Mehrere tausend Schwule
12 wurden wegen ihrer Homosexualität in Konzentrationslager verschleppt. Ein großer Teil von
13 ihnen überlebte die Lager nicht. Sie starben aufgrund von Hunger, Krankheiten und
14 Misshandlungen oder wurden Opfer gezielter Mordaktionen.

15 Die Nationalsozialisten haben die Lebenswelten von Schwulen und Lesben zerschlagen.
16 Weibliche Homosexualität wurde – außer im annektierten Österreich – nicht strafrechtlich
17 verfolgt. Sie galt den Nationalsozialisten als weniger bedrohlich. Gerieten lesbische Frauen
18 dennoch in Konflikt mit dem Regime, waren auch sie Repressionen ausgesetzt. Schwule und
19 Lesben lebten in der NS-Zeit eingeschüchtert und unter stetem Zwang zur Tarnung.

20 Lange Zeit blieben die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus aus der Gedenkkultur
21 ausgeschlossen – in der Bundesrepublik wie in der DDR. Hier wie dort wurden Schwule lange
22 Zeit weiter strafrechtlich verfolgt. In der Bundesrepublik Deutschland galt der § 175
23 unverändert bis 1969 fort.

24 Aus seiner Geschichte heraus hat Deutschland eine besondere Verantwortung,
25 Menschenrechtsverletzungen gegenüber Schwulen und Lesben entschieden

26 entgegenzutreten. In vielen Teilen dieser Welt werden Menschen wegen ihrer sexuellen
27 Identität heute noch verfolgt, ist homosexuelle Liebe strafbar und kann ein Kuss Gefahr
28 bedeuten.

29 Mit dieser Gedenktafel soll der verfolgten und ermordeten Opfer gedacht, die Erinnerung an
30 das Unrecht wachgehalten sowie ein beständiges Zeichen gegen Intoleranz, Feindseligkeit
31 und Ausgrenzung gegenüber Menschen mit nicht heterosexueller Orientierung gesetzt
32 werden.

KS 2 – Kunstrasenplätze

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

1 Die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover wird aufgefordert, eine
2 Beschlussfassung des Rates über die Aufsetzung eines Programms zum Ausbau von
3 Kunstrasenplätzen auf den städtischen Bezirkssportanlagen herbeizuführen.

4 Begründung:

5 Mannschaftssport ist ein wichtiger sozialer Integrationsfaktor für Erwachsene und
6 insbesondere Kinder. Gerade die Coronapandemie hat gezeigt, dass es im Stadtgebiet nicht
7 ausreichend witterungsunabhängige Trainingsmöglichkeiten für Sportvereine gibt. Gerade
8 im Herbst und Winter werden Rasenanlagen oftmals gesperrt, um den Untergrund für den
9 Wettbewerbs- und Spielbetrieb zu schonen. Nachdem bereits ein Förderprogramm für
10 Kunstrasenplätze durch die Landeshauptstadt Hannover aufgelegt wurde und
11 entsprechende Fördermittel zugunsten einzelner Vereine vergeben wurden, erscheint es
12 sinnvoll, die städtischen Bezirkssportanlagen mit ausreichend dimensionierten
13 Kunstrasenplätzen auszustatten, um so einen breiteren Zugang für eine größere Zahl von
14 Sportvereinen, aber auch Schulen zu ermöglichen.

RESOLUTION (R)

R 1 – Klimapakt 2026:

Gemeinsam Hannover klimaneutral gestalten:
Eine Stadt für Alle auch in Zukunft

Antragsteller:in: AK Nachhaltigkeit*

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

1 Hannover ist auf dem Weg zur klimaneutralen und klimaangepassten Stadt.
2 Klimaneutralität bedeutet den Ersatz fossiler Verbrennung durch den Umstieg auf
3 andere, saubere Technologien, sowie eine Reduzierung des Bedarfs durch effizientere
4 Nutzung. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen dabei stets gewährleistet
5 werden, dazu muss insbesondere die Energie-Infrastruktur angepasst werden.
6 Klimaanpassung oder Resilienz bedeutet, dass wir Hannover an die nicht mehr
7 vermeidbaren Veränderungen anpassen, aber auch Vorsorge treffen vor zwangsläufig
8 auftretenden Extremwetterereignissen.

9 Klimaneutralität und Klimaanpassung bis 2035 sind für die SPD Hannover die erklärten
10 Ziele. Im Jahr 2021 haben wir mit dem Klimapaket “Mission Hannover 2035 –
11 Klimaschutz auf Sozialdemokratisch” eine Planskizze erstellt, um diese gemeinsamen
12 Ziele sozial ausgewogen, finanzierbar und für Alle erreichbar zu machen. Im Folgenden
13 beschreiben wir acht größere Projekte aus der Mission Hannover 2035, die wir noch in
14 dieser Ratsperiode, bis 2026 anstoßen wollen:

- 15 (a) Kommunale Wärmeplanung: Planbarkeit für bezahlbares Heizen
- 16 (b) Photovoltaik: Teilhabe an der Energiewende
- 17 (c) Elektromobilität: Laden ohne eigenen Parkplatz
- 18 (d) Intelligente Stromnetze: Infrastruktur für die Zukunft
- 19 (e) Wassermanagement: Ein kostbares Gut schützen und Risiken abfedern
- 20 (f) Klimaanpassung: Naturflächen zur Erholung
- 21 (g) Licht, Lärm & Luftschadstoffe: Für den Schutz der Gesundheit aller
- 22 (h) Bus & Bahn: Gemeinsam mobil

23 Die notwendigen Veränderungen wollen wir durch breite Beteiligung der
24 Stadtgesellschaft demokratisch legitimieren. Gemeinsam finden wir Lösungen für eine
25 gemeinsame Zukunft. Kein größeres Ziel einer Kommune und keine Weiterentwicklung

26 in irgendeinem Themenfeld kann ohne die Rückendeckung der Stadtgesellschaft
27 gelingen. Daher ist transparente, ständige und vor allem aktive Beteiligung die
28 Grundlage der sozialökologischen Gestaltung unserer Stadt. Neben der breiten
29 Beteiligung der Stadtgesellschaft werden wir die lokale Ökonomie in den gesamten
30 Prozess mit einbinden und uns gemeinsam zu klaren Zielen und Maßnahmen
31 verständigen.

32 Wir denken die Transformation zur klimaneutralen Stadt: sozial, ökologisch und
33 ökonomisch. Eine Stadt für Alle von Allen!

34 Kommunale Wärmeplanung: Planbarkeit für bezahlbares Heizen

35 Fernwärmenetze und Nahwärmenetze bieten insbesondere in dicht bebauten Gebieten
36 mit Mehrfamilienhäusern die Möglichkeit, die Wärmeversorgung effizient zu gestalten.
37 In Hannover haben wir als SPD frühzeitig darauf gedrängt, dass eine Analyse
38 vorgenommen werden soll, welche Potenziale und Bedarfe in welchen Stadtbezirken
39 bestehen. Auf dieser Basis soll eine kommunale Wärmeplanung ausgearbeitet werden.
40 Dabei setzen wir die Prioritäten Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und
41 Klimaneutralität.

42 Insbesondere in den letzten Jahren gab es viel Verunsicherung bei den Preisen und der
43 Versorgungssicherheit mit fossilen Brennstoffen und das wird auch in Zukunft nicht
44 weniger werden. Steigende CO₂-Preise und das Versiegen von Ressourcenquellen
45 werden diesen Trend noch verschärfen. Daher ist es richtig, dass Hannover sich
46 vorausschauend auf den Weg zur sicheren, klimaneutralen Wärmeversorgung gemacht
47 hat. Der Umstieg muss jedoch sozial verträglich und leistbar sein. Grundvoraussetzung
48 dafür ist langfristige Planbarkeit und Transparenz bei den Wärme-Optionen.

49 Eine große Verantwortung liegt hier bei den Eigentümer:innen und der
50 Wohnungswirtschaft, daher schlagen wir einen kontinuierlichen runden Tisch mit
51 diesen, Enercity als Netzbetreiberin und Versorgerin, sowie weiteren Verbänden wie dem
52 Mieterbund vor. Planungssicherheit ist dabei für Eigentümer:innen und
53 Wohnungsunternehmen ein zentraler Bestandteil. Es muss einen klaren Zeitplan für den
54 Wärmenetz-Ausbau geben. Neben dem beschleunigten Ausbau eines Kernnetzes
55 bleiben Alternativen weiterhin möglich; insbesondere in weniger verdichteten Gebieten
56 muss der Anschluss von Wärmepumpen und weiteren Energieträgern problemlos
57 möglich sein. Weiterhin wollen wir mit der lokalen Ökonomie mögliche Nahwärme-
58 Netze prüfen und erarbeiten.

59 Photovoltaik: Teilhabe an der Energiewende

60 Solarstrom ist die dezentralste und basisdemokratischste Form, um an der Energiewende
61 teilzuhaben. Der Ausbau der Solarenergie ist im überragenden öffentlichen Interesse
62 und dient der öffentlichen Sicherheit. Für Menschen in einer Großstadt, die zur Miete
63 wohnen oder keine größeren finanziellen Reserven haben, ist es trotzdem nicht einfach,

64 sich daran zu beteiligen und zu profitieren.

65 Als SPD setzen wir uns insbesondere für Mieterstrom-Modelle und Balkon-Anlagen ein,
66 damit möglichst viele Menschen profitieren können. Informationsmöglichkeiten dazu
67 werden wir ausbauen und ein entsprechendes Förderprogramm anstoßen. Auch
68 Schuldächer oder Gebäude von gemeinnützigen Einrichtungen und Vereinen sollten
69 weitestgehend in den nächsten Jahren mit Photovoltaik ausgestattet werden; denn
70 gerade hier bieten sich vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung. Neben den dezentralen
71 Möglichkeiten wollen wir Unternehmen und Einrichtungen besonders motivieren, ihre
72 Dächer mit Photovoltaik auszustatten.

73 Wir werden die Verwaltung damit beauftragen, eine “Strategie für den beschleunigten
74 Ausbau der Solarenergie” zu erarbeiten, die insbesondere die vielfältigen
75 Beteiligungsmöglichkeiten in den Blick nimmt und den Ausbau hier vor Ort erleichtert
76 und fördert. Die Kreativität und Teilhabe der Stadtgesellschaft, sowie der Einrichtungen
77 und Unternehmen bieten gewaltige Potenziale, die es zu heben gilt.

78 Elektromobilität: Laden ohne eigenen Parkplatz

79 Das Elektroauto wird ein Teil des Mobilitätsmixes der Zukunft sein und Hannover wird
80 zur Stadt der E-Mobilität. Dabei stehen Großstädte wie Hannover allerdings vor
81 besonderen Herausforderungen beim Umstieg auf E-Mobilität, da die Mieter:innen ihre
82 Autos oft nicht einfach bei Bedarf im heimischen Carport laden können. In Hannover
83 wurden die öffentlichen Ladepunkte daher verstärkt ausgebaut.

84 Wir werden von der Verwaltung eine “Strategie zum weiteren Ausbau der
85 Ladeinfrastruktur” erarbeiten lassen, um die Anzahl der Ladepunkte schnell noch weiter
86 zu erhöhen. Bis zum Jahr 2030 halten wir 10.000 Ladepunkte für notwendig. Dabei
87 achten wir darauf, dass diese Punkte angemessen über alle Stadtbezirke und auf Normal-
88 und Schnell-Ladepunkte aufgeteilt sind. Es muss möglich sein, einfach und ohne größere
89 Komplikationen während der Nacht langsam oder während des Einkaufs schnell zu
90 laden. Deshalb werden wir auch auf den Handel zugehen, um in Kombination mit dem
91 Photovoltaik-Ausbau Parkflächen stärker zu nutzen.

92 In einem zweiten Schritt werden wir Wirtschaftsverkehre, Taxifahrten und Transporte in
93 den Blick nehmen. Dazu werden wir mit den Know-How-Trägern vor Ort einen runden
94 Tisch initiieren, um kreative und vor allem zukunftsgerichtete Ideen zu entwickeln.
95 Hierbei stehen auch alternative Fortbewegungsmittel wie autonome Elektrotaxis im
96 Fokus. Gemeinsam mit Unternehmen werden wir Lösungen finden, um alle Fahrzeuge
97 auf klimaneutrale Antriebe umzustellen. Die Verwaltung geht bei der Umstellung
98 selbstverständlich voran.

99 Intelligente Stromnetze: Infrastruktur für die Zukunft

100 Der Umbau unseres Energiesystems in Richtung Klimaneutralität geht auch mit neuen
101 Herausforderungen für das Stromsystem einher. Die steigende Zahl von

102 Photovoltaikanlagen, Elektroherden, Wärmepumpen und Elektroautos erhöht sowohl
103 den Gesamtstromverbrauch als auch die Spitzenlast und erfordert eine Anpassung der
104 Netze.

105 Für die Bürger:innen, Unternehmen und soziale Träger ist es essentiell, dass sie neue
106 Stromverbraucher und -erzeuger wie Wärmepumpen oder Photovoltaikanlagen auch
107 zeitnah anschließen können. Die lokalen Verteilnetze müssen daher schon heute
108 schnellstmöglich für den Bedarf von morgen ausgebaut werden. Dies ist nicht nur für die
109 Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Hannover wichtig, sondern auch für private
110 Investitionen.

111 Wir fordern einen komplementären Ausbau der Stromnetze zu den Wärmenetzen; dabei
112 sollten, wo immer möglich, Synergieeffekte beim Ausbau beider Netze genutzt werden,
113 um Geld, aber auch Nerven der Anwohner:innen zu schonen. Durch intelligente und
114 leistungsfähige Netze, den effizienten Einsatz von (Haus-)Speichern und
115 Ladeinfrastruktur sowie klimaneutrale Kraftwerke werden wir die Versorgungssicherheit
116 auch in Zukunft gewährleisten.

117 Wassermanagement: Ein kostbares Gut schützen und Risiken abfedern

118 Der Klimawandel äußert sich bereits jetzt in einer Zunahme von Starkregen auf der einen
119 und längeren Dürre- und Hitzeperioden auf der anderen Seite. Anpassungsmaßnahmen
120 müssen also beide Arten von Extremereignissen in den Blick nehmen. Durch
121 vorsorgenden und baulichen Hochwasserschutz sowie die Angebote zur
122 Starkregenvorsorge ist die Landeshauptstadt Hannover hier bereits sehr aktiv.

123 Der nächste Schritt ist die Kombination von Hochwasserschutz und Erhöhung von
124 Dürresilienz durch die flächendeckende Anwendung des sogenannten
125 Schwammstadt-Ansatzes. Anfallendes Niederschlagswasser wird dabei gezielt in den
126 Untergrund geleitet, um die Grund- und Bodenwasserspeicher anzureichern. Eine
127 zentrale Rolle werden hier die zahlreichen und durch Dürre bereits geschädigten Grün-
128 und Waldflächen in der Landeshauptstadt spielen.

129 Gleichzeitig werden wir die Entsiegelung vorantreiben und neue Flächen bepflanzen,
130 auch um Höchsttemperaturen zu reduzieren. Insbesondere Mieter:innen haben in der
131 Regel keine Möglichkeit, in Tropennächten durch Klimaanlage Abhilfe zu schaffen,
132 profitieren aber von Frischluftschneisen und geringeren Höchsttemperaturen. Dabei
133 werden wir die Priorität auf stark verdichtete, von Hitze und Starkregen besonders
134 betroffene Quartiere legen. Zur Wassereinsparung sollten die Bewässerung von Grün-
135 flächen und Parkanlagen möglichst effizient gestaltet werden und hierfür die
136 Erkenntnisse aus dem städtischen Modellprojekt zur sensorunterstützten Bewässerung
137 genutzt werden.

138 Klimaanpassung: Naturflächen zur Erholung

139 Naturbewusstsein entsteht durch Kontakt mit der Natur und Kontakt zur Natur wirkt

140 sich nachweislich positiv auf die Gesundheit von Menschen aus. Wir wollen vorhandene
141 Grünflächen in allen Quartieren für alle bestmöglich erlebbar machen und so viele neue
142 Grün- und Wasserflächen wie möglich schaffen. Dabei priorisieren wir Stadtgebiete mit
143 hohem Entwicklungspotential, da diese in der Regel stärker von Klimafolgen betroffen
144 sein werden. Wir orientieren uns dabei an bereits erfolgreich getesteten Projekten wie
145 Pocket Parks, Urban Gardening bzw. urbaner Landwirtschaft (insbesondere auf Dächern),
146 sowie generell der Begrünung von Dächern und Fassaden und unterstützen
147 gemeinschaftliche Projekte wie die solidarische Landwirtschaft und verstärkten
148 Direktvertrieb in Hannover.

149 Die knapp 20.000 Kleingärten in Hannover sind ein wesentlicher Bestandteil des
150 Stadtgrüns, die sich positiv auf das Stadtklima auswirken und vielen Menschen ohne
151 eigenen Garten den Kontakt zur Natur ermöglichen. Wir setzen uns für Ihren Erhalt und
152 Ausbau im Zuge der wachsenden Stadt ein. Die Anlage von Streuobstwiesen und
153 Nussbäumen fördern wir weiterhin und setzen uns für eine nachhaltige Pflege aller
154 Grünflächen im Stadtgebiet ein. Gerade bei neuen Bauvorhaben wird der Erhalt alten
155 Baumbestands vorrangig vor Ersatzpflanzungen behandelt und der Schutz
156 einheimischer Flora und Fauna von Beginn an berücksichtigt. Dazu wird - soweit nötig -
157 die Bauleitplanung der Stadt angepasst. Auch das Schaffen von Schattenplätzen und
158 Trinkwasserspendern gehört zu diesen Anpassungsmaßnahmen.

159 Für uns bedeutet Klimaanpassung eine gemeinschaftliche Anstrengung, die wir mit
160 einem breiten Teil der Stadtgesellschaft umsetzen wollen. Dazu werden wir
161 Fördermöglichkeiten möglichst niedrigschwellig veröffentlichen und bewerben und
162 wollen entsprechende Projekte in enger Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen,
163 Kindertagesstätten, Schulen und Senioreneinrichtungen, aber auch mit den
164 Verwaltungsorganen der Stadt selbst, den in der Stadt ansässigen Ministerien des Landes
165 Niedersachsen und lokalen Unternehmen durchführen.

166 Licht, Lärm & Luftschadstoffe: Für den Schutz der Gesundheit aller

167 Die Lautstärke und künstliches Licht bei Nacht, die in Städten allgegenwärtig sind, haben
168 direkte Auswirkungen auf Insekten und Tiere, aber auch auf die Gesundheit der
169 Menschen. Insbesondere an viel befahrenen Straßen in "günstigeren" Wohnlagen ist die
170 Belastung besonders hoch und damit sind oft vulnerablere Gruppen deutlich stärker
171 belastet. Die Reduktion gesundheitlich belastender Emissionen ist auch eine soziale
172 Frage.

173 Durch den Einsatz von immer mehr Kunstlicht werden die Städte weltweit heller, die für
174 Mensch und Natur unentbehrliche Dunkelheit der Nacht schwindet. Die
175 "Lichtverschmutzung" hat dabei nicht nur negative Folgen für Mensch und Tier, sondern
176 verbraucht auch viel Energie. Zur Eindämmung werden wir Straßenbeleuchtung
177 gezielter ausrichten, vermeidbare Lichtemissionen durch smarte Steuerung reduzieren
178 und auf nachhaltige Beleuchtungsarten umstellen.

179 Die gesundheitlichen Auswirkungen von Lärm und Luftschadstoffen auf den
180 menschlichen Organismus sind beträchtlich. Größte Quellen sind der Straßenverkehr
181 und bei Luftschadstoffen auch private Kamine. Die Fortschreibungen des
182 Lärmaktionsplans und des Luftreinhalteplans sind wichtige kommunale Instrumente,
183 um im Sinne der Gesundheit der verletzlichsten Mitglieder unserer Gesellschaft zu
184 handeln. Sie reichen aber nicht aus, um Lärm ausreichend zu vermeiden und eine gute
185 Luftqualität sicherzustellen und müssen deshalb von der Landes-, Bundes- und
186 europäischen Ebene unterstützt werden. Die Verkehrswende mit der Reduktion von
187 Höchstgeschwindigkeiten, dem Ausbau von Radwegen und Nahverkehr sowie der
188 Aufwertung von Fußwegen ist ein wichtiger Baustein.

189 Bus und Bahn: Gemeinsam mobil

190 Mobilität für alle - das ist der Grundsatz sozialdemokratischer Verkehrspolitik. Der
191 Umweltverbund, also der Fußverkehr, der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und
192 der Radverkehr sind diejenigen Verkehrsarten, deren Stärkung die SPD in den Fokus
193 nimmt.

194 Insbesondere der Fußverkehr als Basismobilität und der ÖPNV als barrierefreie und
195 inklusive Mobilitätsart spielen als (nahezu) emissionsfreie Mobilitätsarten eine
196 wesentliche Rolle bei der Dekarbonisierung des Verkehrssektors.

197 Hierfür ist der Ausbau des guten ÖPNV-Angebots zum Beispiel durch die Taktverdichtung
198 der Stadtbahnen, eine Busringlinie auf dem Cityring, die Verbindung der sternförmig
199 verlaufenden Stadtbahnlinien oder der Anschluss neuer Quartiere an den ÖPNV durch
200 andere Linienführungen sinnvoll. Dabei kann der Ausbau nur als Kooperationsprojekt
201 zwischen Stadt und Region funktionieren.

R 2 – Noteinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Familien dürfen niemals schließen!

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Südstadt-Bult

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

1 Bereits im Dezember 2022 musste die Einrichtung bed by night für einige Zeit schließen,
2 die KSD-Dienststelle Misburg-Anderten schloss vom 01.01.2023 bis 30.06.2023, zuletzt
3 im Dezember 2023 wurde die Clearingstelle der Landeshauptstadt Hannover
4 geschlossen. Dies alles sind Einrichtungen, die spontan in Notsituationen aufgesucht
5 werden. Wenn die Einrichtungen nicht geöffnet haben und nur ein Schild mit einer
6 Telefonnummer vorgefunden wird, ist die Verzweiflung groß. Als Gründe für die
7 Schließungen wurden der Fachkräftemangel und auch ein hoher Krankenstand
8 angegeben.

9 Ein hoher Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe darf sich jedoch nicht auf
10 Kinder, Jugendliche und Familien in schlimmsten Notlagen auswirken! Es ist schlimm
11 genug, wenn Fachkräfte in Kitas, in den Hilfen zur Erziehung und in vielen anderen, sehr
12 wichtigen Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Familien fehlen, in den
13 Noteinrichtungen darf sich der Fachkräftemangel jedoch nicht auswirken, denn Sie sind
14 sozusagen das letzte Element der Notfallkette.

15 Auch die Atmosphäre im kommunalen Sozialdienst der Landeshauptstadt Hannover
16 scheint aktuell und das schon seit mehreren Jahren nicht gut zu sein. Viele unbesetzte
17 Stellen, häufige Personalwechsel, Kündigungen nach kurzer Zeit sind Anzeichen hierfür.
18 Wir fragen uns, ob es die Landeshauptstadt so noch schafft, ihrer Aufgabe nach
19 Gewährleistung des Kinderschutzes, aber auch das Recht der Kinder, Jugendlichen und
20 auch Eltern auf Unterstützung in der Erziehung der Kinder nachzukommen. Da die
21 Mitarbeitenden des Kommunalen Sozialdienstes (KSD) als Fallverantwortliche die größte
22 Verantwortung für Familien mit Hilfebedarf haben, für sie passgenaue Hilfen
23 arrangieren und organisieren und die Effizienz und Passgenauigkeit der Hilfen im Blick
24 behalten, sind sie im Hilfeverlauf ganz wichtige Akteure. Sie können bei verzögertem
25 Start von Hilfen die Familien begleiten und unterstützen und somit Sicherheit geben.

26 Aus diesen Gründen fordern wir, dass Noteinrichtungen der Landeshauptstadt Hannover
27 für Kinder, Jugendliche und Familien niemals schließen dürfen! Sie stellen eine der
28 wichtigsten öffentlichen Ressourcen für Familien, insbesondere für Kinder und
29 Jugendliche in Not dar, die in höchst prekären Situationen verlässliche Strukturen und
30 hochqualifizierte Ansprechpartner:innen benötigen.

31 Außerdem fordern wir Oberbürgermeister Onay auf, dass alle Stellen im KSD
32 schnellstmöglich besetzt werden, vakante Stellen schnell nachbesetzt werden und die

33 Verweildauer der Mitarbeitenden an ihrem jeweiligen Dienstsitz erhöht wird!

34 Ebenso muss es Notfallpläne für extreme Personalmangelsituationen bspw. durch
35 Krankheiten geben. Ein Baustein könnte hierbei auch die Verbeamtung aller
36 Mitarbeitenden in den Einrichtungen (Clearingstelle, KSD, bed by night) sein, um in
37 Notsituationen ggf. Versetzungen zu veranlassen.

SOZIALES (S)

S 1 – Armut bekämpfen – Teilhabe fördern!

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung: Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

- 1 Die SPD Hannover macht sich konsequent stark für die Bekämpfung von Armut,
2 insbesondere bei prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie Erwerbsarmut und für die
3 Förderung der Teilhabe von armutsgefährdeten Menschen, zu denen insbesondere
4 (alleinerziehende) Familien, Kinder, Menschen mit Behinderung, ausländische
5 Staatsangehörige und Senior:innen zählen.
- 6 Das heißt:
- 7 1. Die Bildung, Betreuung und Erziehung durch Kindertagesbetreuung und Schulen
8 sowie Angebote der außerschulischen Bildungs- und Lernorte im Sozialraum wie
9 Jugendzentren, Stadtbibliotheken, Stadtteilkulturzentren und Sportvereine sind als
10 wichtige Schlüsselorte zur Förderung von Teilhabechancen zu stärken.
 - 11 2. Kostenlose und ermäßigte Freizeit- und Kulturangebote wie im Hannoverschen
12 Kinderkulturprogramm, in Begegnungsstätten, Stadtteiltreffs und Seniorenbüros
13 über den HannoverAktivPass sind fortzuführen und auszubauen.
 - 14 3. Kostenfreie Mittagessen in der Kindertagesbetreuung und in der Ganztagschule
15 sind vorzusehen sowie die Wiedereinführung einer Lernmittelfreiheit an Schulen auf
16 Landesebene zu verfolgen.
 - 17 4. Die Beratungs- und Unterstützungssysteme für Familien, Senior:innen, Menschen
18 mit Zuwanderungsgeschichte und Menschen mit Behinderung wie Wohnberatung,
19 Kommunalen Sozialdienst und Familienberatung sind in den Quartieren zu
20 gewährleisten.
 - 21 5. Die zahlreichen Dienste im Alltag durch Ehrenamtliche wie u.a. Sprachkurse,
22 Vorlesepaten, Begleitung zu Ämtern, Hausaufgabenbetreuung, Arbeit in
23 Kleiderkammern und Tafeln sind als unverzichtbarer Teil der Sozialen Arbeit in den
24 Quartieren zu stärken und die Begleitung der Ehrenamtlichen durch Hauptberufliche
25 sicherzustellen.
 - 26 6. Aufgrund der unterschiedlichen Armutsquoten auf Stadtteilebene in Hannover ist
27 die Einführung einer bedarfsgerechten sozialindexbasierten kommunalen
28 Mittelzuweisung durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe sowie den Schulträger
29 für Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Grundschulen und

30 außerschulische Lernorte zu prüfen.

31 7. Um Erwerbsarmut in Deutschland zu bekämpfen, müssen die gewerkschaftlichen
32 Forderungen unterstützend prekäre Beschäftigungen eingedämmt, insbesondere
33 auch im Niedriglohnsektor Beschäftigungsverhältnisse durch Tarifverträge
34 abgesichert und in Weiterbildung investiert werden. Eine verlässliche
35 Kindertagesbetreuung ist Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Eltern,
36 insbesondere auch von Alleinerziehenden, oftmals Frauen.

37 8. Angesichts der gestiegenen Einkommens- und sehr hohen Vermögensungleichheit
38 drängt die Frage auf Bundesebene nach einer Verstärkung von sozialpolitischen
39 Umverteilungsmaßnahmen, wie die weitere Anhebung des Mindestlohns, die
40 Erhöhung der Erbschaftssteuer und der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer.

41 Begründung:

42 Armut bedeutet weitaus mehr, als zu wenig Geld zu haben. Armut erschwert oft den Zugang
43 zu zentralen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung, Erwerbsarbeit, Gesundheit oder dem
44 Wohnungsmarkt.

45 Durch Energiekrise und Inflation steigende Wohn- und Lebenskosten betreffen uns alle,
46 jedoch leiden am meisten einkommensarme Menschen darunter.

47 Dem aktuellen Armuts-Monitoring der Landeshauptstadt Hannover zufolge lag die
48 Armutsquote in Hannover Ende 2021 bei rund 15 Prozent. Gestiegen ist die Zahl der
49 Personen, die Transferleistungen beziehen sowie der Anteil an Altersarmut. Bei Menschen
50 mit ausländischer Staatsangehörigkeit und bei der Generation 60 plus war die Armutsquote
51 Ende 2021 höher als im Jahr 2019. Kinderarmut stagnierte auf hohem Niveau bei 25,8
52 Prozent. Das bedeutet, dass mehr als jedes vierte hannoversche Kind unter 18 Jahren in
53 einem einkommensarmen Umfeld lebt.

54 Im Stadtgebiet Hannover lag die Transferleistungsquote Ende 2021 bei 14,8 Prozent und
55 bezieht Leistungen nach dem SGB II (Bürgergeld), SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei
56 Menschen mit Behinderung) und dem Asylbewerberleistungsgesetz ein. Es gibt neben
57 Transferleistungsbeziehenden weitere Gruppen, die sich finanziell erheblich einschränken
58 müssen. Hierzu zählen beispielsweise Studierende, Rentner:innen oder Familien sowie
59 Menschen, die Leistungen wie Wohngeld, Kinderzuschlag oder BAföG beziehen.

60 Mit dem „Hannoverschen Weg für Perspektiven von Kindern in Armut“ wurde 2010 ein
61 stadtweiter Prozess in Gang gesetzt, der darauf abzielt, Teilhabe trotz Einkommensarmut zu
62 ermöglichen (Drucks. Nr. 0771/2010). Ziel des Hannoverschen Wegs war und ist es, dass alle
63 Kinder und Jugendlichen gleichermaßen teilhaben können, unabhängig von der Herkunft,
64 dem Wohnstandort oder dem Geldbeutel ihrer Eltern.

65 Die Zahlen des Armutsmonitorings sowie die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse von
66 Bildungsstudien (PISA 2023, IQB Bildungsmonitoring 2021, IGLU 2022) zeigen jedoch
67 weiterhin und verstärkt das Ausmaß von Kinderarmut, insbesondere auch bei Familien mit

68 Zuwanderungsgeschichte, und die negativen Auswirkungen auf ihre Bildungschancen und
69 ihre soziale und wirtschaftliche Teilhabe auf. Die Erfahrung von Armut im Kindesalter
70 bedeutet für die Kinder weniger Handlungs- und Erfahrungsspielräume, was die
71 Bildungswege der betroffenen Kinder und ihre sozialen Aufstiegschancen beschneidet.

72 Es besteht dringender Handlungsbedarf, um allen Kindern eine gute Zukunft zu ermöglichen
73 und um älteren armutsgefährdeten Menschen, insbesondere auch mit
74 Zuwanderungsgeschichte, soziale Teilhabe zu eröffnen und Armut zu begegnen.

S 1 – Armut bekämpfen – Teilhabe fördern! (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung: Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

1 *Wir fordern, dass der SPD-Stadtverband sich konsequent für die Bekämpfung von Armut*
2 *und für die Förderung der Teilhabe von armutsgefährdeten Menschen, zu denen*
3 *insbesondere (alleinerziehende) Familien, Kinder, Menschen mit Behinderung, ausländische*
4 *Staatsangehörige und Senior:innen zählen, stark macht.*

5 *Das heißt:*

- 6 1. *Die Bildung, Betreuung und Erziehung durch Kindertagesbetreuung und Schulen sowie*
7 *Angebote der außerschulischen Bildungs- und Lernorte im Sozialraum wie*
8 *Jugendzentren, Stadtbibliotheken, Stadtteilkulturzentren und Sportvereine sind als*
9 *wichtige Schlüsselorte zur Förderung von Teilhabechancen zu stärken.*
- 10 2. *Kostenlose und ermäßigte Freizeit- und Kulturangebote wie im Hannoverschen*
11 *Kinderkulturprogramm, in Begegnungsstätten, Stadtteiltreffs und Seniorenbüros über*
12 *den HannoverAktivPass sind fortzuführen und auszubauen.*
- 13 3. *Kostenfreie Mittagessen in der Kindertagesbetreuung und in der Ganztagschule sind*
14 *vorzusehen sowie die Wiedereinführung einer Lernmittelfreiheit an Schulen auf*
15 *Landesebene zu verfolgen.*
- 16 4. *Die Beratungs- und Unterstützungssysteme für Familien, Senior:innen, Menschen mit*
17 *Zuwanderungsgeschichte und Menschen mit Behinderung wie Wohnberatung,*
18 *Kommunaler Sozialdienst und Familienberatung sind in den Quartieren zu*
19 *gewährleisten.*
- 20 5. *Die zahlreichen Dienste im Alltag durch Ehrenamtliche wie u.a. Sprachkurse,*
21 *Vorlesepaten, Begleitung zu Ämtern, Hausaufgabenbetreuung, Arbeit in*
22 *Kleiderkammern und Tafeln sind als unverzichtbarer Teil der Sozialen Arbeit in den*
23 *Quartieren zu stärken und die Begleitung der Ehrenamtlichen durch Hauptberufliche*
24 *sicherzustellen.*
- 25 6. *Aufgrund der unterschiedlichen Armutsquoten auf Stadtteilebene in Hannover ist die*
26 *Einführung einer bedarfsgerechten sozialindexbasierten kommunalen*
27 *Mittelzuweisung durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe sowie den Schulträger für*
28 *Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Grundschulen und außerschulische*
29 *Lernorte zu prüfen.*
- 30 7. *Um Erwerbsarmut in Deutschland zu bekämpfen, müssen die gewerkschaftlichen*
31 *Forderungen unterstützend prekäre Beschäftigungen eingedämmt, insbesondere auch*
32 *im Niedriglohnsektor Beschäftigungsverhältnisse durch Tarifverträge abgesichert und*
33 *in Weiterbildung investiert werden. Eine verlässliche Kindertagesbetreuung ist*
34 *Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Eltern, insbesondere auch von*

35 *Alleinerziehenden, oftmals Frauen.*

36 8. *Angesichts der gestiegenen Einkommens- und sehr hohen Vermögensungleichheit*
37 *drängt die Frage auf Bundesebene nach einer Verstärkung von sozialpolitischen*
38 *Umverteilungsmaßnahmen, wie die weitere Anhebung des Mindestlohns, die*
39 *Erhöhung der Erbschaftssteuer und der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer.*

S 2 – Mehr Stellen für städtische Sozialarbeit

Antragsteller:in: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

1 Die SPD-Ratsfraktion setzt sich gegenüber der Verwaltung der Landeshauptstadt ein, die
2 Anzahl der städtischen Stellen für Sozialarbeiter:innen mindestens zu vervierfachen, die
3 sich koordiniert mit den in diesem Bereich aktiven Trägern auch aufsuchend darum
4 kümmern, obdachlose Menschen von der Straße zu holen, ihnen Wege in Wohnung,
5 Arbeit, ggf. Gesundheit und Therapieplätze aufzuzeigen und ihnen damit wieder
6 Perspektiven zu eröffnen.

7 Begründung:

8 Nie zuvor waren so viele Menschen in der Landeshauptstadt Hannover obdach- und
9 wohnungslos; viele Menschen verleben ihre Zeit im Bereich des Raschplatzes, des
10 Hauptbahnhofs und um den Weißekreuzplatz; auch in anderen Bereichen der Stadt finden
11 sich viele obdachlose Menschen, die resigniert und verzweifelt sind.

12 Eine Hauptaufgabe des OB der Landeshauptstadt ist es, sich darum zu kümmern, dass diesen
13 Mitmenschen Wege aus der Situation aufgezeigt werden, dazu ist häufig eine intensive
14 Beziehungs- und Vertrauensarbeit erforderlich.

15 Eine Ausstattung von unter drei Stellen für eine der zentralen Aufgaben der Stadtverwaltung
16 ist auch unter Berücksichtigung des Wirkens der anderen Akteure in diesem Bereich viel zu
17 wenig, es ist erforderlich für diese Aufgabe mindestens 10 Stellen vorzusehen.

18 Die Eröffnung der Perspektiven für obdachlose Mitmenschen darf nicht ganz unten in der
19 Prioritätenliste des Hauptverwaltungsbeamten stehen.

S 2 – Mehr Stellen für städtische Sozialarbeit (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 *Die SPD Hannover bittet die SPD-Ratsfraktion, die Landeshauptstadt Hannover dazu zu*
- 2 *bewegen, die Anzahl der städtischen Stellen für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter*
- 3 *mindestens zu vervierfachen, die sich koordiniert mit den in diesem Bereich aktiven Trägern*
- 4 *auch aufsuchend darum kümmern, obdachlose Menschen von der Straße zu holen, ihnen*
- 5 *Wege in Wohnung, Arbeit, ggf. Gesundheit und Therapieplätze aufzuzeigen und ihnen*
- 6 *damit wieder Perspektiven zu eröffnen.*

S 3 – Keine Einsparungen in den Bereichen Soziales und Jugend

Antragsteller:in: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

- 1 Die SPD-Ratsfraktion möge insbesondere im Rahmen von Haushaltsbeschlüssen und
- 2 Beschlüssen zum Haushaltssicherungskonzept die besonders schützenswerten Bereiche
- 3 Soziales und Jugend verteidigen.
- 4 Begründung:
- 5 Alle Mitmenschen und Träger, die auf Dienstleistungen der Landeshauptstadt Hannover aus
- 6 den Bereichen Soziales und Jugend angewiesen sind, bemerken seit einigen Jahren einen
- 7 exorbitanten Spardruck, der die Leistungsfähigkeit der Bereiche Soziales und Jugend in Frage
- 8 stellt.
- 9 In Verantwortung für den sozialen Frieden für die Stadt darf es nicht mehr zu weiteren
- 10 Einsparungen in diesen Bereichen kommen.

S 3 – Keine Einsparungen in den Bereichen Soziales und Jugend (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 *Die SPD Hannover-Stadt bittet die SPD Ratsfraktion, sich darum zu kümmern, dass es auch*
- 2 *nicht im Rahmen von Haushaltssicherungskonzepten zu Einsparungen in den Bereichen*
- 3 *Soziales und Jugend kommt.*

VERKEHR (V)

V 1 – Diversität und Akzeptanz sichtbar machen: Schaffung eines Regenbogen-Zebrastrreifen

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Mitte

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

1 Die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover möge sich dafür einsetzen, einen
2 Regenbogen-Zebrastrreifen zu schaffen.

3 Begründung:

4 In Anbetracht der diversen queerfeindlichen An- und Übergriffe in Hannover ist es Zeit, dass
5 die Landeshauptstadt Hannover noch nachdrücklicher zeigt, dass es hier für Gewalt und
6 Queerfeindlichkeit keinen Raum gibt und die Stadt solidarisch und wertschätzend hinter
7 ihren queeren Einwohner:innen steht. Die gleichgeschlechtlichen Ampelfiguren in der
8 Innenstadt sind bereits ein gutes Zeichen der Vielfalt in Hannover, wie auch das temporäre
9 Hissen von Regenbogenfahnen an öffentlichen Plätzen anlässlich des CSD.

10 Jetzt gilt es, dass Hannover weiter Farbe bekennt und ein weiteres dauerhaftes Zeichen für
11 eine diverse Stadtgesellschaft an einem gut sichtbaren und zentralen Ort installiert. National
12 wie international zeigen bereits zahlreiche Städte, dass Zebrastrreifen in Regenbogenfarben
13 eine besondere Sichtbarkeit und Strahlkraft besitzen. Im August 2023 wurde in Nürnberg ein
14 Zebrastrreifen in Regenbogenfarben am Anfang einer Fußgängerzone in der Altstadt
15 eingerichtet und damit die verkehrsrechtliche Problematik umgangen. Auch in Bonn wurde
16 Anfang des Jahres ein bunter Zebrastrreifen in eine Fußgängerzone angelegt. Der
17 Regenbogen-Zebrastrreifen hat zwar keine Funktion für den Verkehr aber eine
18 gesellschaftliche Funktion.

V 1 – Diversität und Akzeptanz sichtbar machen: Schaffung eines Regenbogen-Zebrastrreifen (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Mitte

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 *Der Stadtverbandsparteitag der SPD Hannover fordert die SPD-Fraktion im Rat der*
- 2 *Landeshauptstadt Hannover auf, sich für die Schaffung eines Regenbogen-Zebrastrreifen*
- 3 *einzusetzen.*

V 2 – Vorrangschaltung für den ÖPNV sichern und optimieren

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

- 1 Die SPD-Ratsfraktion möge die Verwaltung der Landeshauptstadt nachhaltig auffordern,
- 2 die generelle Vorrangschaltung für den ÖPNV weiter zu verbessern und zu priorisieren.
- 3 Begründung:
- 4 Die Landeshauptstadt Hannover braucht wieder eine Verkehrspolitik der Vernunft. Zentraler
- 5 Baustein für eine vernunftsbasierte und nicht ideologisch getriebene Weiterentwicklung der
- 6 Verkehrspolitik der Stadt ist die weitere Attraktivierung des Öffentlichen Nahverkehrs in der
- 7 Region und der Landeshauptstadt Hannover.
- 8 Für eine Verkehrswende der Vernunft muss daher der Nahverkehr weiter unterstützt,
- 9 gefördert und ausgebaut werden, Vorrangschaltungen für den ÖPNV sind daher unerlässlich
- 10 und weiter zu optimieren.

V 2 – Vorrangschaltung für den ÖPNV sichern und optimieren (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

- 1 *Die SPD Hannover bittet die SPD-Ratsfraktion, den Oberbürgermeister nachhaltig*
- 2 *aufzufordern, die Vorrangschaltung für den ÖPNV weiter zu verbessern und ggf. Planungen*
- 3 *für eine auch dem ÖPNV gegenüber geltende Vorrangschaltung für den Radverkehr zu*
- 4 *verwerfen.*

INITIATIVANTRÄGE (INI)

Ini 1 – Ehrenmitgliedschaft für Ulrike Strauch

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

1 Die SPD Hannover verleiht ihrer langjährigen Vorsitzenden Ulrike Strauch die
2 Ehrenmitgliedschaft. Als Ehreuvorsitzende nimmt sie mit beratender Stimme an den
3 Vorstandssitzungen und den Parteitageu des SPD-Stadtverbands Hannover teil. Als
4 Ehreuvorsitzende können der Genossin im gegenseitigen Einvernehmen repräsentative Pflichten
5 übertragen werden. Die SPD Hannover würdigt auf diese Weise das langjährige Engagement von
6 Ulrike Strauch für die Sozialdemokratie in der Landeshauptstadt.

7 Begründung:

8 Seit 40 Jahren engagiert sich Ulrike Strauch innerhalb der Region Hannover sowie der
9 Landeshauptstadt politisch für die Sozialdemokratie. Eiugetreten in die SPD am 1. Januar
10 1984 übernahm sie seither an zahlreichen Stellen politische Verantwortung innerhalb der
11 Parteiorganisation. In ihren Ämtern und Funktionen handelte sie stets verantwortungsvoll,
12 umsichtig sowie mit großer Wertschätzung. Ihre Loyalität und ihr Engagement widmete sie
13 in dieser Zeit stets der Organisation und ihren Gremien und agiert bis heute uneitel und
14 solidarisch.

15 Verantwortung übernahm Ulrike Strauch in den zurückliegenden Jahren sowohl in ihrem
16 Ortsverein Misburg-Anderten, innerhalb des SPD-Stadtverbandes sowie dem Unterbezirk der
17 Region Hannover und seinen Arbeitsgemeinschaften. Vorstandstätigkeiten übte sie
18 innerhalb des Ortsvereins als Beissitzerin, Kassiereriu und stellvertretende Vorsitzende sowie
19 Vorsitzende der SPD Frauen (AsF) aus. Auf Unterbezirksebene wirkte sie als
20 Mitgliederbeauftragte, Beissitzeriu im Vorstand und innerhalb der Arbeitsgemeinschaft für
21 Bildung (AfB). Seit 2020 steht Ulrike Strauch als Co-Vorsitzende dem SPD-Stadtverband
22 Hannover vor. In den vergangenen Jahren garantierte Ulrike Strauch mit hohem zeitlichen
23 Einsatz beste Verbindungen zwischen dem Stadtverband und der SPD-Ratsfraktion in der
24 Landeshauptstadt.

25 Zur Anerkennung dieses politischen Verantwortungsbewusstseins und als Wertschätzung
26 für ihre politische Arbeit sieht es der Vorstand des SPD-Stadtverbandes als äußerst
27 angemessen und gerechtfertigt an, Ulrike Strauch den Ehreuvorsitz der SPD Hannover
28 anzutragen. Die Genossin erhält auf diese Weise neben unserem Ehreuvorsitzenden Walter
29 Meinhold diese Würde.

Ini 2 – Dank und Anerkennung für unsere Retter:innen und Hilfsorganisationen gegen das Hochwasser in Niedersachsen

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Weite Teile Deutschlands, insbesondere Regionen des Landes Niedersachsen, sehen sich seit
- 2 vielen Wochen einer dramatischen Hochwasserlage ausgesetzt. Zahlreiche Rettungskräfte von
- 3 Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Polizei und Technischem Hilfswerk sowie zahlreiche Verbände
- 4 und Vereine – auch über Niedersachsen hinaus – unterstützen Bürger:innen bei der Bewältigung
- 5 dieser Naturkatastrophe. Die Hilfsorganisationen dämmen Wassermassen ein, schützen Leib und
- 6 Leben sowie Hab und Gut der Betroffenen und gewährleisten einen bestmöglichen technischen
- 7 Hochwasserschutz, um nach Möglichkeit Schlimmeres zu verhindern.

- 8 Die SPD Hannover würdigt diesen Einsatz mit allergrößtem Respekt und dankt allen Rettungs-
- 9 und Polizeikräften für diesen unermüdlichen Einsatz und die damit verbundene Solidarität und
- 10 praktische Mitmenschlichkeit. Ihr Einsatz ist nicht hoch genug einzuschätzen und hat den
- 11 allerhöchsten großen Dank sowie enorme Anerkennung in der Gesellschaft verdient.

- 12 Die SPD Hannover sichert den Hilfsorganisationen über ihre politische Arbeit in Vertretungen der
- 13 Landeshauptstadt ihre unverbrüchliche Unterstützung zu. Dazu fordert die SPD Hannover die
- 14 SPD-Ratsfraktion der Landeshauptstadt auf, eine fortwährende Unterstützung von (Freiwilligen)
- 15 Feuerwehren sowie insbesondere von Hilfsorganisationen sicherzustellen.

- 16 Die SPD-Ratsfraktion möge sich außerdem gegenüber der Verwaltung der Landeshauptstadt
- 17 einsetzen für eine rasche, unkomplizierte und direkte Unterstützung von (Sport-)Vereinen und
- 18 organisierten Initiativen der Zivilgesellschaft, deren Infrastruktur vom Hochwasser in
- 19 Mitleidenschaft gezogen worden ist. Dazu zählen insbesondere Sportstätten in Trägerschaft der
- 20 Landeshauptstadt, die es nach Einwirkung des Hochwassers in Stand zu setzen gilt.

- 21 **Begründung:**
- 22 Die Begründung erfolgt mündlich.